

Anmerkungen zum sino-vatikanischen Dialog

Man kann inzwischen wohl davon ausgehen, dass ein Abkommen zwischen dem Heiligen Stuhl und Beijing über ein künftiges Verfahren für die Ernennung chinesischer Bischöfe weitgehend ausgehandelt ist, auch wenn keiner der beiden Verhandlungspartner dies bisher bestätigt hat. Es soll die seit den ersten Bischofsweihe ohne päpstliche Zustimmung im Jahr 1958 bestehenden Probleme lösen, die große Spannungen und Spaltungen und viel Leid über die Kirche in China gebracht haben. Nach den Worten von Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin geht es dem Heiligen Stuhl vor allem um die Wahrung der kirchlichen Einheit und darum, „realistische pastorale Lösungen“ zu finden, die es den chinesischen Katholiken erlauben, „vollständig katholisch und gleichzeitig authentisch chinesisch zu sein“.

Die Inhalte des Abkommens sind nicht bekannt. Zusätzlich zu einem Kompromissverfahren für die Bischofsnennungen muss auch eine Lösung für die jeweils nur von einer Seite anerkannten unter den bereits geweihten Bischöfen gefunden werden. Von den derzeit 101 chinesischen Bischöfen sind sieben auf Betreiben der chinesischen Behörden ohne Zustimmung des Papstes geweiht und deshalb aus kirchlicher Sicht illegitim, drei von ihnen sind exkommuniziert. 30 bis 40 Bischöfe wiederum gehören dem „Untergrund“ an, d.h. sind im Geheimen mit päpstlicher Zustimmung geweiht und gelten deshalb aus Regierungssicht als illegal.

Beijing soll vom Heiligen Stuhl seit Beginn der Verhandlungen verlangt haben, dass alle sieben illegitimen Bischöfe von Rom als Ortsbischöfe anerkannt werden. In zwei der sieben Fälle aber – in den Diözesen Shantou (Provinz Guangdong) und Mindong (Provinz Fujian) – gibt es bereits einen vom Papst ernannten Ortsbischof im Untergrund. (In einem dritten Fall, der in diesem Zusammenhang merkwürdigerweise nie erwähnt wird, bestehen Überschneidungen: der Untergrund-Bischof Wei Jingyi ist vom Papst als Bischof der Diözese Qiqihar eingesetzt, die nach der neuen Diözesanaufteilung durch die chinesischen Behörden jedoch der Diözese Heilongjiang zugeschlagen wurde, als deren Bischof der exkommunizierte Bischof Yue Fusheng eingesetzt wurde.)

Am 22. Januar 2018 nun berichtete *AsiaNews*, dass eine Vatikandelelegation im Dezember 2017 die legitimen, von der Regierung nicht anerkannten Bischöfe Zhuang Jianjian von Shantou und Guo Xijin von Mindong gebeten habe, als Ortsbischöfe zurückzutreten, damit die bisher illegitimen offiziellen Bischöfe dieser Diözesen, der exkommunizierte Bischof Huang Bingzhang sowie Bischof Zhan Silu, vom Papst legitimiert und als Ortsbischöfe eingesetzt werden

könnten. Bischof Zhuang solle emeritiert, Bischof Guo hingegen Weihbischof oder Koadjutor von Bischof Zhan werden. Letzteres würde eine Umwälzung der Situation in der Diözese Mindong bedeuten, wo die Kirche im Untergrund sehr stark ist und 60 der Priester mit Bischof Guo, hingegen lediglich sechs mit Bischof Zhan arbeiten. Es gibt nur indirekte Bestätigungen für diese Vorgänge; so sagte Bischof Guo der *New York Times*, wenn er ein verifizierbares echtes Dokument vom Vatikan erhalte, „dann müssen wir Roms Entscheidung gehorchen“ (zu den Einzelheiten siehe die „Chronik“ in den *Informationen* dieser Nummer).

Kardinal Joseph Zen, emeritierter Bischof von Hongkong, der schon lange vor zu großen Kompromissen in den Verhandlungen mit China warnt, enthüllte in einem Blogbeitrag am 29. Januar, dass er Papst Franziskus am 9. Januar einen Brief von Bischof Zhuang überreicht und am 12. Januar persönlich mit dem Papst über die „Sorgen seiner treuen Kinder in China“ gesprochen habe. Sein Bericht führte prompt (ohne dass dies so ausgesprochen wurde) zu einer Erklärung des Vatikansprechers Burke, in der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Papst und seinen Mitarbeitern in der Kurie hinsichtlich der China-Fragen dementiert wurden, und einer erstmaligen ausführlichen Darlegung der Gründe und Ziele des Dialogs mit China durch den für die diplomatischen Aktivitäten des Vatikans verantwortlichen Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin (siehe die *Dokumentation* dieser Nummer).

Die (offiziell nicht bestätigten) Berichte lösten eine Flut von widerstreitenden Berichten und Debatten in den internationalen kirchlichen wie nichtkirchlichen Medien aus. In China reagierten vor allem Katholiken im Untergrund, aber auch viele in dem vom Staat anerkannten „offiziellen“ Teil der Kirche auf die neuesten Meldungen zunächst irritiert und äußerten Unverständnis darüber, dass die römische Kurie in ihren Kompromissen gegenüber China keine rote Linie zu kennen und dass das Zeugnis der zwei loyalen Bischöfe nicht mehr zu zählen scheine. Allerdings betonten auch etliche, dass sie dem Papst gehorchen und treu bleiben würden, wie immer seine Entscheidung ausfallen werde.

In den Texten in der *Dokumentation* finden sich die wichtigsten Argumente der Pessimisten, Skeptiker, Warner und Befürworter eines Abkommens des Heiligen Stuhls mit China. Hier nur einige Ergänzungen, die bei der Einordnung verschiedener Ereignisse der letzten Monate (siehe die „Chronik“ in den *Informationen*) helfen können:

Nach dem Gespräch mit den beiden Untergrundbischöfen sei, wie eine „hochrangige vatikanische Quelle“ zu *America Magazine* sagte, der Weg frei für die nächsten Schritte, die Legitimierung der sieben Bischöfe durch den

Papst und dann die Unterzeichnung des Abkommens über die Bischofsernennungen. Um weitere Fragen oder gar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen geht es bisher nach übereinstimmender Ansicht nicht. Die vatikanische Quelle sah aber eine Unterzeichnung dieses Abkommens nicht als gesichert an, da es auch in der Volksrepublik China solche gebe, „die nicht wollen, dass das passiert“.

Auf die Frage, was das aufstrebende Beijing durch ein Abkommen mit dem Heiligen Stuhl überhaupt gewinnen könne, hat etwa Francesco Sisci (Renmin University, Beijing) schon früher auf die „Soft Power“ des Vatikans verwiesen. Ein Beispiel dafür zeigte sich im März 2018, als der Vatikan offizielle Vertreter aus China, das trotz gesetzlicher Reformen in diesem Bereich weiter mit einem schlechten Image in Bezug auf Organentnahmen zu kämpfen hat, zum zweiten Mal zu einer internationalen Konferenz gegen Organhandel nach Rom einlud. Während, wie etwa Anthony Lam vom Holy Spirit Study Centre in Hongkong schon 2017 argumentierte, Kontakte des Vatikans mit China auf verschiedenen internationalen Plattformen sicher Türen öffnen und Meinungs austausch fördern können, stieß es doch vielfach auf großes Unverständnis, dass der Leiter der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, Bischof Sorondo, Anfang Februar in einem Interview die Chinesen als diejenigen bezeichnete, „die die katholische Soziallehre derzeit am besten verwirklichen“.

Die generellen Entwicklungen in der Volksrepublik China sind ebenfalls zu beachten. Viele Beobachter, wie z.B. Bernardo Cervellera von *AsiaNews*, haben zu Recht darauf hingewiesen, dass in China der Freiraum nicht nur für die katholische Kirche, sondern (zu unterschiedlichem Grad) für alle Religionen und Glaubensrichtungen und in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens immer enger wird. Hierfür gibt es gerade in jüngster Zeit viele Hinweise.

Das vom Nationalen Volkskongress am 11. März 2018 per Verfassungsänderung neu eingeführte Superorgan einer „Nationalen Aufsichtskommission“, die über dem Obersten Volksgerichtshof und der Obersten Staatsanwaltschaft steht, hat künftig die Kompetenz, nicht nur Parteimitglieder zu überprüfen (wie die in dem neuen Organ aufgegangene gefürchtete Zentrale Kommission für Disziplin-Inspektion der Partei), sondern alle Angestellten staatlicher und kommunaler Behörden und Einrichtungen. Dies könnte leicht dazu führen, dass viele lokale Behördenvertreter, die bisher nach der Methode „ein Auge auf, ein Auge zu“ religiöse Aktivitäten im Untergrund tolerierten, sich das künftig nicht mehr trauen werden. Neue technische Möglichkeiten und Systeme der staatlichen Überwachung dürften zusätzlich dazu führen, dass die Grauzonen am Rande der staatlichen Kontrolle schrumpfen. Die revidierte Fassung der am 1. Februar 2018 in Kraft getretenen „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“, die deutlich mehr explizite Verbote und Strafkataloge enthält als die bisher gültige Fassung, zielt ebenfalls auf systematischere Kontrolle des religiösen Lebens ab; weitere Folgedokumente, beispielsweise zur Ver-

waltung religiöser Internetdienste, wurden bereits für 2018 angekündigt. Seit Anfang Februar mehren sich aus bestimmten Gegenden Chinas Berichte über erste mutmaßliche Folgen, wie die Anordnung der Schließung oder die Schließung nichtregistrierter religiöser Versammlungsorte durch lokale Behörden; berichtet wurde auch, dass an manchen Orten Minderjährige künftig keinen Zutritt zu Kirchen mehr haben und keine christlichen Jugendlager mehr durchgeführt werden dürfen.

Allerdings scheint man sich auch im Vatikan des schwierigen Kontexts durchaus bewusst zu sein. Kardinal Parolin sprach im Interview von möglichen künftigen Notsituationen und dass Mühe und Leid nicht ausgeschlossen seien. Eine von *Reuters* zitierte „hochrangige vatikanische Quelle“ sagte, es sei kein großartiges Abkommen, „aber wir wissen nicht, wie die Situation in 10 oder 20 Jahren sein wird. Sie könnte sogar schlechter sein;“ danach „werden wir immer noch wie ein Vogel im Käfig sein, aber der Käfig wird größer sein“. Der Hongkonger evangelische Theologe Ying Fuk-Tsang wies allerdings darauf hin, dass die Untergrundkirche durch ein Abkommen erst in den Käfig des parteistaatlichen Systems gesteckt würde. Zudem, so ist anzunehmen, hätte Rom wohl keine Mittel, die Einhaltung eines einmal geschlossenen Abkommens wirksam von Beijing einzufordern, und China könnte ihm das Recht absprechen, künftig für etwaige weiterhin im Untergrund bleibende Katholiken zu sprechen. Es besteht außerdem das Risiko, dass manche der – vielleicht notwendigen – Maßnahmen letztlich Spaltungen in der katholischen Kirche Chinas sogar noch vertiefen und unversöhnliche Standpunkte noch mehr verhärten.

Kardinal Parolin fordert dazu auf, die spirituelle und pastorale Ebene besser von der politischen zu unterscheiden, und nennt die Einheit und Gemeinschaft in der Kirche als oberstes Ziel. P. Heyndrickx vom Verbiest-Institut in Leuven schreibt, dass zumindest für die katholischen Gläubigen in China die Unterzeichnung eines Abkommens ein Segen wäre, weil es ihnen ermöglichen würde, offen ihren Glauben in einer einzigen Gemeinschaft zu feiern; nachdem Experten sechzig Jahre lang frei ihre Meinung geäußert hätten, habe nun der Papst das letzte Wort, und es komme jetzt darauf an, ihm zu folgen.

Da im Moment wohl niemand weiß, wie es weitergehen wird, hat Bischof Michael Yeung von Hongkong die spirituellen Anliegen kürzlich in einem Gebet für die Kirche in China zusammengefasst (siehe *Dokumentation*). Es enthält die Bitte um Einheit im Glauben und Gemeinschaft in der Liebe, um Vertrauen auf Christus und Treue zur Kirche, darum, dass die Opfer in Vergebung und Versöhnung Frucht bringen, und um größere Respektierung der Religionsfreiheit in China.

Katharina Wenzel-Teuber

Quellen: *America Magazine* 2.02.2018; *AsiaNews* 22.01.; 5.03.2018; *Kung Kao Po* 4.03.2018; *New York Times* 1.02.2018; *Reuters* 1.02.2018; *Tripod* 184 (Frühjahr 2017); *UCAN* 2.03.2018; *Vatican Insider* 31.01.; 16.02.2018; *Verbiest Update* Nr. 40, März 2018.

Internationale Konferenz „From Trustworthiness to Secular Beliefs – Changing Concepts of *Xin* (信) from Traditional to Modern Chinese“

Vom 9. bis 11. Juni 2017 fand am Institut für Sinologie der Freien Universität Berlin eine internationale Konferenz zum Thema „From Trustworthiness to Secular Beliefs – Changing Concepts of *Xin* (信) from Traditional to Modern Chinese“ statt. Sie wurde von Christian Meyer, Professor für Kultur und Geschichte des vormodernen China an der FU Berlin, organisiert.

Der chinesische Begriff *xin* (信) mit seiner heutigen Bedeutung „glauben“ bzw. „Glaube“ (*xinyang* 信仰 u.a.) ist ein vom Westen beeinflusster, christlich geprägter Begriff, der jedoch in China selbst auf eine lange, komplexe und heterogene nicht-christliche Vorgeschichte zurückblickt. So wurde in 21 Vorträgen der Frage nachgegangen, welche semantischen Sinngehalte der Ausdruck *xin* in den unterschiedlichen Diskursen der chinesischen Geschichte aufwies und aufweist und wie sich diese Diskurse gegenseitig beeinflussen und durchdringen haben. Die jeweiligen Kontexte reichten von den konfuzianischen Klassikern über den Daoismus, Islam und Manichäismus, über den Buddhismus und das Christentum früher wie heute, über volks- und neureligiöse Bewegungen bis hin zur Gedankenwelt Xi Jinpings; sie umfassen also eine zeitliche Spanne von 3.000 Jahren. Das von Christian Meyer gesetzte Ziel der Konferenz bestand darin, die komplexen Prozesse aufzuzeigen, in denen sich der vormoderne Begriff *xin* als Teil einer weltweiten Genealogie von Religion zu einem modernen, globalisierten Konzept entwickelte, aber auch z.T. seine lokalen Wortbedeutungen beibehalten hat – und zwar diesmal aus der bisher vernachlässigten chinesischen Perspektive. Ein Schwerpunkt lag auf der linguistischen Analyse von Semantiken verbunden mit diskursanalytischen Methoden, wobei sowohl historischen als auch gegenwartsbezogenen (z.B. ethnografischen) Ansätzen Raum gegeben wurde.

Während der ursprüngliche, konfuzianisch geprägte Sinngehalt von *xin* in der Vertrauenswürdigkeit einer Person bestand, weisen andere religiöse Felder (wie der Buddhismus, Daoismus und Islam) eine große Bandbreite an Erklärungsweisen auf, die dem christlichen Konzept teils ähneln, teils deutlich davon abweichen. Dabei hat die christliche Vorstellung von Glaube andere Bedeutungsschichten keinesfalls völlig verdrängt oder gar ersetzt. Vielmehr weist der Glaube im modernen China eine semantische Vielschichtigkeit, Komplexität und Ambiguität auf, die vom jeweiligen Diskurskontext abhängen und stark variieren. Meyer ist es daher ein Anliegen, den chinesischen Begriff *xin* nicht einfach nur als ein selbstverständliches Äquivalent zum christlichen Konzept des Glaubens zu sehen, sondern im Sinne des Postkolonialismus darüber zu reflektieren, wie indigene chinesische Semantiken als Lokalgeschichte in das globale Konzept Glaube bzw. *xin(yang)* einfließen.

Eine Reihe von Konferenzbeiträgen bezog sich auf historische Aspekte des Buddhismus. So legte etwa Christoph Kleine (Universität Leipzig, Institut für Religionswissenschaft) in seinem Vortrag über Glaubenskonzepte im japanischen Buddhismus dar, dass die chinesische Übersetzung des Sanskrit-Begriffs *śraddhā* mit *xin* zur Folge hatte, dass der Begriff *xin* im buddhistischen Kontext von der ursprünglich konfuzianischen Interpretation der Vertrauenswürdigkeit einer Person losgelöst wurde und sich nunmehr eigenständig weiterentwickelte. Verstanden wurde er hierbei als Glaube an die Drei Juwelen (Buddha, Dharma und Sangha). Vor allem vor dem Hintergrund des Reinenland-Buddhismus, der den Glauben an die erlösende Hilfe Buddha Amitabhas betont, bildete laut Kleine der Begriff *xin* mit seinem Bezug auf eine lutherisch anmutende Gnadenlehre ein Äquivalent zum christlich-protestantischen Konzept von *fides*.

Auch Friederike Assandri (Universität Leipzig, Institut für Sinologie) verwies in ihrem Vortrag über das *xin*-Verständnis im frühmittelalterlichen Daoismus darauf, dass in frühen Texten der daoistischen Bewegung der Himmelsmeister die Wortverbindung *xin dao* (信道, „an das Dao glauben“) eine der christlichen Vorstellung ähnliche Bedeutung trug. Es ist bezeichnend, dass die Gruppe der Himmelsmeister das Dao nicht nur als abstrakten kosmischen Ursprung oder als regulierende unpersönliche Kraft verstanden, sondern Laozi (den Verfasser des *Daodejing*) als personifizierte Gottheit betrachteten, an die man glauben müsse. Insofern lässt sich hier der Glaube an eine unsichtbare Gottheit bzw. an ein absolutes, letztgültiges Wesen annehmen. In anderen daoistischen Kontexten unterschieden sich die Glaubensvorstellungen jedoch Assandri zufolge erheblich von der christlichen: So gab es im frühen Mittelalter eine Interpretationsform von *xin* als „Zeichen des Glaubens“ oder „Treuepfand“. Hier diente *xin* als Bezeichnung für materielle Gaben, wie etwa Tinte, Papier, Räucherwerk, Münzen, Silber oder andere Edelmetalle, welche der Jünger und die Jüngerin für den Erhalt eines geheimen Textes an den Meister und die Meisterin entrichten mussten, um einen Bund (*shi* 誓 / *meng* 盟 / *yue* 約) mit den Schutzgottheiten des Textes zu schließen. Dieser Bund bezog sich jedoch nicht auf das Dao oder auf eine (andere) übergeordnete Gottheit, sondern nur auf rangniedere Götter.

Gerda Wielander (Universität Westminster, London) ging ihrerseits der Frage nach, wie der moderne Begriff *xinyang* (Glaube) innerhalb des gegenwärtigen politischen Diskurses in China verwendet wird – vor allem seit der Machtübernahme Xi Jinpings. Inwiefern etwa dient er dazu, ein neues sozialistisches Glaubenssystem zu errichten bzw. Heiligenlegenden um die Geschichte der kommunistischen Partei Chinas zu entwerfen? Laut Wielander ist die Anknüpfung an das Konzept Glauben eine unmittelbare Reaktion auf die aus Sicht der Regierung besorgniserregende Anziehungskraft, die Religion (vor allem das Christentum) auf chinesische Eliten ausübt. Dabei wird *xinyang* an die

Propagierung „chinesischer Werte“ (*Zhongguo jiazhi guan* 中國價值觀) gekoppelt, welche wiederum dazu dienen, China als einzigartig zu präsentieren und universale Werte abzulehnen. Die Zielsetzung besteht aus Sicht Xi Jinpings darin, durch den Glauben an sozialistische Kernbotschaften das „spirituelle Vakuum“ Chinas zu füllen und damit die Nation zu stärken. In diesem Sinne befürwortet etwa Yuan Youjun, Professor an der Parteischule Guangdong und an der Guangdonger Hochschule für Administration, die Etablierung eines gegenwärtigen nationalen Glaubens. Dieser solle sich aus verschiedenen Elementen speisen, wie etwa der konfuzianischen Ethik, dem Ahnenkult (z.B. in Bezug auf den Gelben Kaiser), einem sinisierten Christentum, einem sozialistischen Daoismus, einem Buddhismus im Zeitalter von Marktwirtschaft und Globalisierung, sowie aus dem Mao-Kult; dabei müsse der Konfuzianismus die führende Rolle einnehmen. Ohne einen solchen nationalen Glauben könne die Harmonie und Stabilität Chinas nur schwerlich gewahrt werden. Im politischen Diskurs des gegenwärtigen China fungiert der Glaube überdies als moralische Anleitung für die einfachen Bürgerinnen und Bürger und ermutigt diese zu heroischen und selbstlosen

Taten. Dies beschränkt sich mitnichten auf rein rhetorische Äußerungen, sondern schließt auch neueingeführte Praktiken und Rituale mit ein.

Weitere Ansätze wurden aus verschiedenen relevanten Feldern von Expertinnen und Experten wie etwa Adam Chau, Joachim Gentz, Vincent Goossaert, Esther-Maria Guggenmos, Huang Weishan, Thomas Jansen, Christian Meyer, Chloë Starr, Tam Wai Lun, Thoralf Klein, Barbara Meisterernst, Nikolas Broy, Stefania Travagnin, Lauren Pfister, Max Deeg, Henning Klöter und Johanna Lüdde vorgestellt. Die Beiträge der Konferenz sollen zu einem englischsprachigen Sammelband zusammengefasst und u.a. von Christian Meyer und Philip Clart herausgegeben werden. In den nächsten Jahren sind überdies noch weitere Konferenzen zu ähnlichen religionsbezogenen Begriffen geplant.

Johanna Lüdde

Die Projekt-Homepage lautet: www.geschkult.fu-berlin.de/e/oas/sinologie/forschung/projekte/mapping_religion/index.html. Bei der namentlichen Aufführung der Vortragenden wurden in diesem Konferenzbericht jene Beteiligten ausgespart, die auf eigenen Wunsch nicht genannt werden wollten.

In memoriam

Jacques Gernet (1921–2018)

Am 3. März verstarb im bretonischen Vannes hochbetagt der französische Sinologe Jacques Gernet, der einen bedeutenden Beitrag zur Erforschung der Religionen Chinas geleistet hat. Neben dem Buddhismus befasste er sich insbesondere mit dem Christentum. In seinem bahnbrechenden Buch *Chine et Christianisme. Action et réaction* (Paris: Gallimard 1982) revolutionierte er die bis dahin in der westlichen Sinologie übliche eurozentrische Perspektive, indem er sich von den missionarischen Quellen abwandte und mithilfe von chinesischen Quellen das Christentum quasi aus chinesischer Sicht betrachtete. Damit hat er kontroverse Diskussionen ausgelöst und die Historiographie des Christentums in China entscheidend bereichert und vorangebracht.

Jacques Gernet wurde am 22. Dezember 1921 in Algier geboren, wo sein Vater Louis Gernet an der dortigen Universität griechische Philologie lehrte. Möglicherweise hat das Aufwachsen in dem damals französischen Maghrebland seine Sensibilität für das Zusammentreffen verschiedener Kulturen geschärft. Nach dem Schulbesuch in Algier und dem Erwerb einer *licence de lettres classiques* wurde er 1942 in Algerien zum Militär eingezogen. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges nahm er in Paris das Studium der chinesischen Sprache auf, das er 1947 mit einem Diplom an der *École nationale des langues orientales vivantes* und 1948 an der *École pratique des hautes études* abschloss. Von 1949–1950 hielt sich Gernet an der *École française d'Extrême-Orient*

zu einem Forschungsaufenthalt in Hanoi auf und übersetzte die Gespräche eines Patriarchen des Chan-Buddhismus, Shenhui 神會, ins Französische (*Entretiens du Maître de Dhyâna Chen-houei du Ho-tsö [668–760]*, Hanoi 1949). In seiner Dissertation befasste er sich mit der wirtschaftlichen Stellung der buddhistischen Klöster in der Tang-Zeit (*Les aspects économiques du bouddhisme dans la société chinoise du Ve au Xe siècle*, Saigon: École française d'Extrême-Orient 1956). Von 1955–1976 lehrte und forschte er als *Directeur d'études* an der *École pratique des hautes études* (der späteren *École des hautes études en sciences sociales*) in Paris. Während dieser Zeit erschien seine umfangreiche Universalgeschichte Chinas, *Le monde chinois* (Paris: Armand Colin 1972), ein Werk, das ihn auch international bekannt machte und in diverse Sprachen übersetzt wurde (deutsch *Die chinesische Welt*, Frankfurt am Main: Insel 1979). Dieses Standardwerk erlebte zahlreiche Neuauflagen, die vom Verfasser immer wieder aktualisiert wurden. Von 1975–1992 war Gernet Inhaber des Lehrstuhls für Sozial- und Geistesgeschichte Chinas am Collège de France. In seinen späteren Werken widmete er sich u.a. dem mingzeitlichen Philosophen Wang Fuzhi und dessen Geschichtsbetrachtung (*La raison des choses: essai sur la philosophie de Wang Fuzhi [1619–1692]*, Paris: Gallimard 2005).

An der Geschichte des Christentums in China faszinierte Gernet die Begegnung zweier fundamental verschiede-

ner Kulturen in der Zeit der frühen Jesuitenmission. Er versuchte in seiner Studie *Chine et Christianisme* zu ergründen, wie chinesische Gelehrte des 17. Jahrhunderts die von westlichen Missionaren verbreitete „Lehre vom Herrn des Himmels“ (*Tianzhujiao*) aufnahmen und wie sie mit zentralen christlichen Glaubensinhalten wie Schöpfergott, Erbsünde und Unsterblichkeit der Seele umgingen, zu denen es in ihrer Weltsicht keine Entsprechungen gab. Dazu zog er vor allem chinesische Quellen heran, so die von Sympathie gegenüber den Missionaren getragenen Schriften christlicher Konvertiten, aber vor allem anti-christliche Schriften aus der Feder von Konfuzianern und Buddhisten, wie z.B. die Sammlung *Poxie ji* 破邪集 (Aufzeichnungen zur Zerstörung der Irrlehren, 1639).

Der Titel der deutschen Erstausgabe von *Chine et Christianisme* lautete *Christus kam bis nach China. Eine erste Begegnung und ihr Scheitern* (Zürich – München: Artemis 1984) und macht deutlich, dass Gernet in seiner Untersuchung vor allem die Missverständnisse und Konflikte dieses kulturellen Austausches zwischen Missionaren und Chinesen hervorgehoben hat. Seine pessimistische These von der grundsätzlichen Unvereinbarkeit der beiden Kulturen, der christlich-abendländischen und der chinesischen – eine Unvereinbarkeit, die sich nicht nur in unterschiedlichen religiösen Vorstellungen, sondern auch in der Verschiedenheit der Sprachen und der Gesellschaftsformen zeigte –, ist in der Rezeption seines Buches nicht unwidersprochen geblieben. Insbesondere Gernets auf Emile Benveniste und anderen Linguisten basierende Überzeugung, die chinesische Sprache sei strukturell nicht in der Lage, christlich-abendländische Begriffe adäquat auszudrücken, wurde immer wieder angegriffen. Gernet hat auf diese Kritik reagiert und eine revidierte Ausgabe seines Werkes unter dem Titel *Chine et christianisme. La première confrontation* (Paris: Gallimard 1991) herausgebracht, die allerdings im Kern an den früheren Aussagen festhält.

Weil die deutsche Ausgabe des Buches schon lange vergriffen war und angesichts der Bedeutung von Gernets Werk für die Forschung hat das Institut Monumenta Serica 2012 eine Neuauflage unter dem Titel *Die Begegnung Chinas mit dem Christentum* herausgebracht. Als „Studienausgabe“ konzipiert, wurde sie u.a. um eine Auswahl von Rezensionen zu dem Werk erweitert. Damit sollten nach den Worten des Herausgebers Roman Malek SVD „eine erneute Einladung zur Beschäftigung mit der Problematik der Geschichte des Christentums in China ausgesprochen“ und Einblicke in die kontroverse Rezeptionsgeschichte des Buches ermöglicht werden („Vorwort zur deutschen Neuauflage“, S. xiii).

Jacques Gernets Weltanschauung sei fest in der französischen Aufklärung verwurzelt, deren radikale Kritik am Christentum er teile, hob Michael Lackner, Erlangen, in seinem Vortrag anlässlich der Publikation dieser deutschen Neuauflage hervor. Gernet sympathisierte durchaus mit den chinesischen Kritikern des Christentums, aber sein wissenschaftliches Anliegen war nicht das einer Parteinahme, sondern, wie er selbst es am Ende des Buches *Die Begegnung Chinas mit dem Christentum* (S. 307) formulierte: „Statt im voraus die Argumente der Chinesen [gegen die Lehre vom Herrn des Himmels] abzulehnen, war es wohl richtiger, ihnen einmal das Wort zu geben.“

Barbara Hoster

Literaturhinweise:

Ein Verzeichnis der Schriften Jacques Gernets bis 1994 enthält der als Festschrift für Gernet angelegte Band XIII der Zeitschrift *Etudes chinoises* (*Mélanges de Sinologie offerts à Monsieur Jacques Gernet*), S. 13-23.

Die Begegnung Chinas mit dem Christentum. Neue durchgesehene Ausgabe mit Nachträgen und Index herausgegeben von Roman Malek, Monumenta Serica Monograph Series, 62 (Sankt Augustin: Institut Monumenta Serica 2012). [Der Band ist über www.monumenta-serica.de oder den deutschen Buchhandel erhältlich.]

Der Vortrag „Kultur Chinas‘ – ‚Kultur des Christentums‘ – wie vereinbar sind sie? Gedanken zu Jacques Gernets *Chinas Begegnung mit dem Christentum*“, den Michael Lackner anlässlich der Vorstellung der Neuauflage dieses Buches im Januar 2013 in Sankt Augustin hielt, erschien in *China heute* 2013, Nr. 2, S. 104-109.

Chronik zu Religion und Kirche in China 19. November 2017 bis 13. März 2018

Die „Chronik zu Religion und Kirche in China“ erscheint seit Anfang 2010 regelmäßig in den Informationen von China heute. Da manche Nachrichten (der Redaktion) erst später bekannt werden, kann es zu Überschneidungen zwischen den Chroniken kommen, wobei jeweils in der vorangegangenen Nummer bereits erwähnte Ereignisse nicht noch einmal aufgeführt werden. Alle Chroniken finden sich auch online auf der Website des China-Zentrums (www.china-zentrum.de). – Der Berichtszeitraum der letzten Chronik (2017, Nr. 4, S. 217-224) reichte bis einschließlich 2. Dezember 2017.

Politik

Ende November 2017:
Massenräumungen von Wanderarbeiter-Unterkünften in Beijing
Medien berichteten Ende letzten Jahres von einem härteren Umgang der chinesischen Regierung mit chinesischen Wanderarbeitern, die in einfachen, „illegalen“ Unterkünften in den Städten wohnen. Laut *Süddeutscher Zeitung* sind 35% der chinesischen arbeitenden Bevölkerung Wanderarbeiter und halten mit ihren niedrigen Löhnen die chinesische Wirtschaft am Lau-

fen. Sie kommen zum überwiegenden Teil vom Land, sie haben daher keine städtische Wohnsitzregistrierung (*hukou*) und somit nicht die gleichen Rechte wie Stadtbürger. – Ende November 2017 begann man in Beijing mit der Zwangsräumung von Wanderarbeiterunterkünften. Ein Beispiel ist Feijia (Nordost-Peking), wo, offiziell wegen Brandschutzmängeln, innerhalb kürzester Zeit und ohne echte Vorwarnung ganze Siedlungen abgerissen wurden, so die *South China Morning Post*. Die Bewohner wurden so bei Minusgraden obdachlos. – *BBC Monitoring* berichtet, es sei eine „40-tägige

Razzia“ gewesen, die sich offiziell auf das Kontrollieren und Entfernen von unsicheren Gebäuden richtete, da am 18. November 19 Bewohner einer Wanderarbeiterunterkunft in Daxing, Beijing, bei einem Brand ums Leben kamen. Gegen diese Darstellung spricht, so die *Süddeutsche*, dass gleich nach dem Abriss im Osten Beijings z.B. LKWs mit jungen Bäumen zum Einpflanzen auf den Ladeflächen vorfuhr. – Die Kritik der Internetnutzer wurde besonders laut, als öffentlich wurde, dass die Wanderarbeiter von der Beijinger Stadtregierung als *diduan renkou*, von der *Süddeutschen* mit „Abschaum der Gesellschaft“ übersetzt, bezeichnet wurden. Auch der Immobilien-Tycoon Ren Zhiqiang, Mitglied der Beijinger Politischen Konsultativkonferenz, übte Kritik. Dies bewirkte, dass Cai Qi, der Parteichef von Beijing, die Geschwindigkeit der Räumung geringfügig verlangsamte, die Menschen waren aber weiterhin auf der Straße (*BBC Monitoring* 17.12.2017; *ME-RICS* Ende November 2017; *South China Morning Post* 17.12.2017; *Süddeutsche Zeitung* 2.12.2017).

11. März 2018:

Nationaler Volkskongress verabschiedet Verfassungsänderungen, darunter die Aufhebung der Beschränkung der Amtszeit des Staatspräsidenten

Die Beschränkung der Amtszeit des chinesischen Staatspräsidenten auf zwei Amtsperioden von je fünf Jahren wurde aus der Verfassung gestrichen. Dies würde eine unbegrenzt wiederholbare Verlängerung der Regentschaft Xi Jinpings, der sich am Beginn seiner 2. Amtszeit als Präsident befindet, ermöglichen. Das de facto noch wichtigere Amt des KP-Generalsekretärs ist zeitlich nicht begrenzt. Laut *BBC* lenkten die chinesischsprachigen Staatsmedien die Aufmerksamkeit aber nicht auf diese spezielle Änderung der Verfassung, sondern stellten das gesamte umfangreiche Änderungspaket in den Vordergrund. Zu den weiteren wichtigen Änderungen gehört die Einrichtung einer „Nationalen Aufsichtskommission“ (国家监督委员会), ein Organ, das verschiedene staatliche Antikorruptionsbehörden mit der Zentralen Kommission für Disziplin-Inspektion (ZKDI) der Partei zusammenfasst; anders als die ZKDI kontrolliert sie nicht nur Parteimitglieder, sondern alle staatlichen Angestellten und steht über dem Obersten Gerichtshof und der Obersten Staatsanwaltschaft. Außerdem wurde das „Xi Jinping-Denken zum Sozialismus chinesischer Prägung im neuen Zeitalter“ (习近平新时代中国特色社会主义思想) in die Leitlinien in der Präambel der Verfassung aufge-

nommen. – Kommentatoren betrachteten die Aufhebung der Amtszeitbegrenzung des Präsidenten als Ende des Prinzips der „kollektiven Führung“, das von Deng Xiaoping nach dem Ende der Kulturrevolution eingeführt worden war, um eine absolute Machtkonzentration wie zu Maos Zeit künftig zu verhindern (*BBC Monitoring* 12.03.2018; *South China Morning Post* 12.03.2018; *Xinhua* 25.02.; 11.03.2018 u.a.).

Religionspolitik

November / Dezember 2017:

„Geisterfilm“ *Coco* von Pixar wird von chinesischer Zensur zugelassen und fährt unerwarteten Erfolg in Chinas Kinos ein

Der Animationsfilm *Coco – Lebendiger als das Leben!* handelt von einem mexikanischen Jungen, der am „Tag der Toten“ im Jenseits nach seinem Urgroßvater sucht, um seinen Traum zu verwirklichen, ein großer Musiker zu werden. Wie Rob Cain im Wirtschaftsmagazin *Forbes* schrieb, war schon die Zulassung des Films in China unerwartet, weil den geltenden Zensurvorschriften zufolge „Geister und Übernatürliches“ in Filmen nicht gezeigt werden dürfen. Da andere Pixar-Filme in China wenig erfolgreich waren, überraschten dann die hohen Zuschauerzahlen für *Coco*. Der „gemeinsame kulturelle Wert der Verehrung für die Vorfahren“ habe wesentlich zur Anziehungskraft des Films für die chinesischen Kinogänger beigetragen, die sich regelmäßig anders verhielten als vorhergesagt, so Cain (*forbes.com* 27.11.2017; 11.,16.,26.12.2017). – Siehe auch den Eintrag von Ende November 2017 in der Rubrik „Islam“.

2.–3. Dezember 2017 / 20. Januar 2018: Internationale Konferenz zu Falun Gong in Wuhan / 2017 wurden laut Falun Gong 974 seiner Anhänger in China verurteilt

Wie die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* berichtete, nahmen 30 Wissenschaftler aus China, den USA, Kanada, Australien, Italien, Kirgistan und Sri Lanka an einer „Internationalen Konferenz zu Kultproblemen“ teil, in der es offenbar hauptsächlich um Falun Gong ging. Im Bericht namentlich genannte [im Internet auf den Websites ihrer Universitäten auffindbare] Professoren erklärten dort u.a., dass Falun Gong-Anhänger medizinische Behandlung ablehnten, dass die Beschuldigung der Organentnahme von inhaftierten Anhängern in China nicht haltbar sei und dass verschiedene Wissenschaftler, die Kritisches über Falun Gong geschrieben hätten, von der Gruppe bedroht worden seien. – Falun Gong gab am 20. Januar 2018 auf

seiner Website *Minghui.org* an, dass im Jahr 2017 insgesamt 974 seiner Anhänger von Gerichten in der VR China zu Gefängnisstrafen verurteilt worden seien, rund 320 von ihnen in den Provinzen Nordostchinas. Die Dauer der verhängten Haftstrafen habe bei den im Dezember Verurteilten bei durchschnittlich 3,3 Jahren gelegen; zusätzlich seien Geldstrafen verhängt worden. – Falun Gong ist in der VR China als „häretischer Kult“ definiert und verboten (*Minghui.org* 20.01.2018; *Xinhua* 3.12.2017).

14. Dezember 2017:

Gemeinsame Konferenz der offiziellen religiösen Organisationen sagt „Nein zu Kulten“

Die „Gemeinsame Konferenz der nationalen religiösen Organisationen“, ein unter der Ägide des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten (BRA) formiertes Gremium, behandelte bei ihrem 4. Treffen die Frage, wie sich die Religionen künftig in den Kampf der Behörden gegen die [von der Regierung als solche definierten] häretischen Kulte (*xiejiao* 邪教) einbringen sollten. Wie BRA-Direktor Wang Zuo'an auf dem Treffen erklärte, „ist der Kampf gegen die Kulte schwer und der Weg lang“. Laut dem Bericht des BRA über das Treffen sollen die Religionen die Behörden u.a. bei der Prävention sowie bei der Umerziehung von Kultgeschädigten unterstützen. Am Ende verabschiedeten die Religionsvertreter einen entsprechenden Aufruf (BRA nach *chinaislam.net.cn* 15.12.2017).

8. Januar 2018:

Versammlung der Religionsbüro-direktoren des ganzen Landes – Wang Zuo'an kündigt für 2018 den Erlass von Bestimmungen für religiöse Informationsdienste im Internet an

Auf der Konferenz in Beijing blickte man auf die Religionsarbeit des Jahres 2017 zurück und besprach die Pläne für 2018. Wie die *Global Times* berichtete, kündigte Wang Zuo'an, der Direktor des nationalen Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, an, dass im laufenden Jahr Bestimmungen für religiöse Informationsdienste im Internet erlassen werden sollen. Auch andere Bestimmungen zur Verwaltung religiöser Organisationen, Stätten und Aktivitäten würden im Jahr 2018 neu festgelegt oder revidiert. Überarbeitet werden sollen ferner die seit 1999 geltenden „Maßnahmen für die Anstellung und den Einsatz ausländischer Experten an religiösen Ausbildungsstätten“. Außerdem müssten die lokalen Regierungen ihre jeweiligen lokalen Vorschriften für religiöse Angelegenheiten der ab 1. Februar 2018 geltenden revidierten Fassung der nationalen „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ anpassen, sagte Wang (*Global Times* 9.01.2018; *sara.gov.cn* 8.01.2018).

29. Januar 2018:

Staatliche Verfügung gegen Stripperinnen auf Beerdigungen

Stripperinnen sind seit 2015 im Fadenkreuz der chinesischen Ordnungshüter, die sich um das soziale Gefüge Chinas sorgen, welches durch unsittliche Aktionen auf Beerdigungen gefährdet zu sein scheint. Beschränkten sich 2015 die Bemühungen der Regierung noch auf die Provinzen Jiangsu und Hebei (siehe *China heute* 2015, Nr. 2, S. 81), kündigte das chinesische Kulturministerium nun am 29. Januar eine neue Kampagne gegen Striptease bei Beerdigungen, aber auch Hochzeiten und Tempelfesten in den Provinzen Henan und Anhui, Jiangsu und Hebei an. Es verdammt solche obszönen Aktivitäten zur Attraktion von mehr Beerdigungsbesuchern, und somit mehr Ehrerbietung für den Verstorbenen, als unzivilisiert und versprach, mehr gegen solche Bräuche zu tun. Es gehe auch darum, die Bevölkerung daran zu erinnern, dass Pornographie und öffentliche Erotik in China illegal sind. Eine Hotline wurde extra eingerichtet, damit Bürger sich melden können, falls sie obszöne Aktivitäten entdecken. – Diese Events zeigen allerdings, so die *Global Times*, dass es ein Problem des kulturellen Mangels unter der Landbevölkerung gebe. Viele Internetnutzer kritisierten ebenfalls auf Plattformen wie Weibo die „Verdorbenheit der Landbevölkerung“. Mehr müsse zur kulturellen Förderung der Landbevölkerung getan werden, so das Kulturministerium. Die Regierung hat, so *Global Times*, 20 Mrd. Yuan für 600.000 „Landbibliotheken“ bereitgestellt. Es bleibt abzuwarten, ob sich daraus positive Resultate ergeben werden und die „Kultur“ durch Bücher wiederhergestellt werden kann (*Global Times* 20.02.2018; mcprc.gov.cn 29.01.2018).

1. Februar 2018:

Revidierte Fassung der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ tritt in Kraft – sich weiter verschärfende staatliche Kontrolle des religiösen Lebens wird erwartet

Die revidierte Fassung zielt u.a. darauf ab, religiöse Freiräume in legalen Grauzonen außerhalb des staatlichen Kontrollrahmens zu schließen, aber auch die Aktivitäten registrierter religiöser Gruppen und Stätten stärker zu überwachen; sie gibt den Behörden konkretere Handhabe, gegen Verstöße vorzugehen. Sie wird außerdem weitere Detailbestimmungen nach sich ziehen, beispielsweise zu Religion im Internet. Einige Vorfälle der letzten Zeit wurden von Beobachtern bereits als Folge der neuen Vorschriften gesehen, wie die regional ausgesprochenen Verbote von Re-

ligionskursen für Kinder über Chinesisch Neujahr. Siehe Übersetzung der revidierten Fassung und Kommentar in *China heute* 2017, Nr. 3, S. 140-143, 160-172 sowie die Einträge von Januar 2018 in der Rubrik „Islam“ und von ab Februar 2018 in der Rubrik „Christentum“.

1. Februar 2018:

Religionsbüro erlässt Durchführungsbestimmungen für die in den „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ vorgesehenen Genehmigungsverfahren – fünf von elf betreffen Kontakte mit dem Ausland

Die ab sofort geltenden Bestimmungen wurden am 2. Februar auf der Website des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten (BRA) veröffentlicht. Sie nennen Details für die Antragsverfahren zur Genehmigung bestimmter religiöser Vorhaben, wie notwendige Voraussetzungen, vorzulegende Unterlagen, Ablauf und Fristen. Das Dokument legt die Genehmigungsverfahren für folgende Vorhaben fest: religiöse Ausbildung und Fortbildung; Bau großer religiöser Statuen; Umbauten oder Neubauten innerhalb religiöser Stätten; großangelegte religiöse Aktivitäten; Herausgabe und Vertrieb interner religiöser Publikationen; Gründung, Veränderung und Aufhebung religiöser Organisationen. Fünf weitere der insgesamt elf Genehmigungsverfahren betreffen auslandsbezogene Vorhaben, und zwar: Annahme von Spenden von Organisationen und Personen aus dem Ausland; Anstellung ausländischer Experten an religiösen Ausbildungsstätten; Einfuhr religiöser Gebrauchsartikel durch Ausländer. Dazu kommen Genehmigungsverfahren für „Austausch von ausländischen Organisationen anderer als der fünf in China vertretenen Religionen und deren Mitgliedern mit Regierungsbehörden und religiösen Kreisen Chinas“ (dies betreffe beispielsweise orthodoxe Christen, Juden, Mormonen und Bahai'i) und „Einladung ausländischer religiöser Amtsträger, die unter anderem Status eingereist sind, zur Schriftauslegung und Predigt“. Die neuen Bestimmungen lösen ein Vorläuferdokument aus dem Jahr 2006 ab (Text der 宗教事务部分行政许可项目实施办法 unter www.sara.gov.cn/xwfb/xwj20170905093618359691/577024.htm).

4. Februar 2018:

„Zentrales Dokument Nr. 1“ kündigt Niederschlagung „illegaler religiöser Aktivitäten“ im ländlichen Raum an

Das erste politische Dokument jedes Jahres wird jeweils vom Zentralkomitee der KP Chinas und vom Staatsrat herausgegeben und traditionell als Hinweis auf den Schwerpunkt der aktuellen Politik gesehen.

Das „Zentrale Dokument Nr. 1“ von 2018 behandelt, wie schon die Dokumente der Vorjahre, Ziele und Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum. Dabei wurden diesmal auch religionspolitische Maßnahmen genannt. Die staatliche Nachrichtenagentur *Xinhua* meldete unter der Überschrift „Zentrales Dokument Nr. 1 sagt ‚Nein‘ zu illegalen religiösen Aktivitäten auf dem Land“, das Dokument mache die klare Vorgabe, „gemäß dem Gesetz mit vermehrter Kraft illegale religiöse Aktivitäten und ausländische Infiltrationsaktivitäten auf dem Land bekämpfen, gemäß dem Gesetz der Einmischung in ländliche öffentliche Angelegenheiten mittels Religion Einhalt gebieten und damit fortfahren, das chaotische Bauen von Tempeln und ausschweifende Errichten religiöser Statuen auf dem Land zu regulieren“ (*Global Times* 5.02.2018; *Xinhua* 4.01.2018). – Dies bezieht sich einerseits offensichtlich auf traditionelle chinesische Religionsformen, zum anderen dürften auch nicht-registrierte christliche und muslimische Gruppen gemeint sein.

Buddhismus

12. Dezember 2017:

Tausende Pilger bei Gebetsversammlungen zum Fest Ganden Ngachoe in tibetischen Klöstern

Wie die International Campaign for Tibet berichtete, versammelten sich Tausende von Tibetern in verschiedenen Klöstern in den tibetischen Gebieten der VR China, so am Jokhang-Tempel in Lhasa, im Kloster Rongwo in Rebkong (chin. Tongren, Qinghai), im Kloster Labrang (Gansu) sowie in Dartsedo (chin. Kangding) und Kardze (chin. Ganzi) in Sichuan, um das Fest Ganden Ngachoe zu begehen, an dem des Todes von Tsongkapa gedacht wird, der im 14. Jh. die Gelug-Schule des tibetischen Buddhismus begründete. Das heutige Oberhaupt der Gelug-Schule ist der Dalai Lama. Dem Bericht zufolge wurden die Treffen eng von bewaffneter Polizei in großer Zahl überwacht, aber nicht verhindert. *Radio Free Asia* merkte an, dass öffentliche Versammlungen an tibetischen Klöstern in der VR China in den letzten Jahren stark an Größe zugenommen hätten; die Tibeter wollten sich damit ihrer nationalen und kulturellen Identität versichern, so der Sender (*Radio Free Asia* 12.12.2017; savetibet.org 18.12.2017).

Anfang März 2018:

17. Karmapa Lama Ogyen Trinley Dorje spricht in Videobotschaft über innere Konflikte mit seiner religiösen und politischen Rolle

Der inzwischen 32-jährige beklagte in seiner „Sonderbotschaft“ seine lückenhafte Ausbil-

dung sowohl in Tibet als auch in Indien und dass er anders als frühere Karmapas von den wichtigsten Lehrern seiner Tradition getrennt gewesen sei. Er sprach über die großen Hoffnungen, die in ihn gesetzt würden und die er nicht erfüllen könne. „Viele denken, es ist unglaublich [großartig] für mich, der Karmapa zu sein, aber für mich ist das nicht so. Selbst wenn ich der Karmapa bin, muss ich mich wirklich sehr anstrengen.“ Er habe viel aufgeben müssen und nichts sei einfach gewesen. „Wenn die, die um mich herum sind, nicht an mich glauben, dann hat es keinen Sinn, so zu tun als ob und weiterzumachen. Aus diesem Grund bin ich deprimiert gewesen.“ Ogyen Trinley Dorje erwähnte auch das Misstrauen der indischen Regierung, die ihn zeitweise verdächtigte, ein chinesischer Spion zu sein. Dann äußerte er den Wunsch nach einer Überwindung der Spaltung in der Karma Kagyu-Linie (es gibt eine zweite konkurrierende Reinkarnation des 16. Karmapa, den in Indien aufgewachsenen Karmapa Trinley Thaye Dorje); dafür müssten aber beide Seiten offen sein. Er betonte, dass er weder die Fähigkeiten noch den Wunsch habe, ein politischer Führer zu sein und dass dies auch nicht der traditionellen Rolle des Karmapa entspreche (teilweise war von Ogyen Trinley Dorje erwartet worden, er könne den Dalai Lama als geistig-politischen Führer der Tibeter im Exil ablösen). Am Ende seiner Rede rief er die Karma Kagyu-Gemeinschaft zu gemeinsamen Anstrengungen auf: „Ein einziger Pfeiler kann nicht ein ganzes Gebäude halten.“ – Die halbstündige Videobotschaft wurde erstmals am 9. März vor Tausenden Anhängern am Ende des Kagyu Monlam, einer Gebetszeremonie in Bodh Gaya in Indien, gezeigt. Sie hat laut *Buddhistdoor Global* zu Unruhe unter tibetischen Buddhisten geführt, wobei einige sie als Anzeichen eines möglichen Rücktritts interpretierten. Der Karmapa ist das Oberhaupt der Karma Kagyu, einer der vier Schulen des tibetischen Buddhismus. Karmapa Ogyen Dorje wurde zunächst unter chinesischer Kontrolle in Tibet ausgebildet, im Jahr 2000 floh er nach Indien. Seit 6 Monaten hält er sich in den USA auf (www.buddhistdoor.net/news/the-karmapa-reveals-his-struggles-with-leadership-and-division-in-video-address – mit Link zum Video; trycycle.org 12.03.2018).

Daoismus

21. Januar 2018:

Xinhua: Wiederentdeckung des Großen Shangqing-Tempels bestätigt
Der große daoistische Shangqing-Tempel wurde in der Song Dynastie (960–1279)

erbaut und war bis zu seiner Zerstörung durch ein Feuer 1930 durchgängig in Benutzung gewesen. Wie *Xinhua* berichtete, konnten Archäologen nun nach einer vierjährigen Ausgrabungszeit den genauen Standort des einst größten daoistischen Tempels Chinas bestätigen. Der Tempel befindet sich am Fuß des Longhu-Berges (Provinz Jiangxi), auf dem der Überlieferung nach der Gründer der daoistischen Zhengyi-Sekte, Zhang Daoling (34–156), lebte und Daoismus praktizierte. Der wiederentdeckte Tempel war ihm gewidmet. Überreste des Tempels wurden 2014 von Arbeitern entdeckt, die in dem Gebiet des Longhu-Berges mit Arbeiten in einem [touristischen] „Landschaftsgebiet“ beschäftigt waren. Laut *National Geographic* mussten die Archäologen ein Gebiet von über 176.500 m² durchkämmen, um die Tempelanlage (etwas mehr als 4.600 m²) exakt zu lokalisieren. Heute ist von dem einst monumentalen Bauwerk nur noch das Steinfundament übrig geblieben. Die Ausgrabungsstätte ist reich an archäologischen Fundstücken, anhand derer die Forscher immer besser das kulturelle Klima verstehen können, in dem dieser Tempel entstand und existierte (*National Geographic* 26.01.2018; *Xinhua* 21.01.2018).

Islam

19.–21. November 2017:

3. Nationale Konferenz über „Der Islam und die chinesische Kultur“ in Beijing
Während der Tagung wurden die folgenden sieben Aspekte der „Sinisierung des Islam“ behandelt: 1. Islam und traditionelle chinesische Kultur; 2. Tradition und Erneuerung der [chinesisch-islamischen] „Bücherhalterziehung“ (*jingtang jiaoyu* 经堂教育); 3. Islam und chinesische Gesellschaft; 4. die „islamischen Konfuzianer“ (*huiru* 回儒) und ihre chinesischsprachigen Übersetzungen und Schriften; 5. die chinesischen Muslime und die Bewegung für Neue Kultur [1917–1921]; 6. Theorie und Praxis der religiösen Indigenisierung; 7. religiöse Indigenisierung aus internationaler Sicht. Die Konferenz wurde vom Institut für Weltreligionen (IWR) der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften sowie der Chinesischen Vereinigung für Religionswissenschaft organisiert. IWR-Direktor Zhuo Xinping, der Vorsitzende der Chinesischen islamischen Vereinigung, Ahong (Imam) Yang Faming, und ein Vertreter des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten eröffneten sie (iwr.cass.cn 22.11.2017).

Ende November 2017:

Gericht in Nordostchina verurteilt Mann, der im Internet anti-islamische Inhalte verbreitete, wegen „Anstiftung zu ethnischem Hass“

Der Han-Chinese Li Zhidong wurde vom Volksbezirksgericht Heping in Shenyang, Provinz Liaoning, wegen Anstiftung zu ethnischem Hass zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, wie die unter dem Dach der Parteizeitung *Renmin ribao* erscheinende *Global Times* am 19. Dezember 2017 berichtete. Li habe zwischen 2009 und 2016 eine Website und Online-Chatgruppen gegründet und dort Beiträge gepostet, die Muslime angriffen und den Islam und den Propheten Mohammed beleidigten, so die *Global Times*; Hui-Muslime in Gansu hätten sich in einer Petition an die Regierung darüber beschwert. Von der Zeitung zitierte Experten nannten das Urteil eine „Lektion“ und sagten, Islamophobie dürfe in China nicht toleriert werden. – Seit einiger Zeit häufen sich Berichte über eine anti-islamische Stimmung im chinesischen Internet (siehe auch *China heute* 2017, Nr. 1, S. 15). Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, dass im Januar der Film „Secret Superstar“ des indischen Produzenten Aamir Khan in den chinesischen Kinos zum Kassenschlager wurde. Der Film handelt von einem muslimischen Mädchen, das sich trotz der ablehnenden Haltung ihres Vaters seinen Traum erfüllt, eine berühmte Sängerin zu werden, indem sie verschleiert auf Youtube auftritt (quartzzy.com 30.01.2018).

11. Dezember 2017:

Global Times berichtet über Anordnung, unautorisierte halal-Logos von Restaurants in Urumqi zu entfernen
Restaurants in Urumqi seien aufgefordert worden, unautorisierte halal-Kennzeichnungen auf ihren Schildern zu entfernen oder zu verhüllen, meldete die Zeitung unter Berufung auf lokale Behördenmitarbeiter. Es autorisiert gelten der gleichen Quelle zufolge nur von der Chinesischen islamischen Vereinigung (CIV) ausgestellte halal-Kennzeichnungen mit einer Seriennummer (*Global Times* 11.12.2017).

Januar 2018:

Behörden im stark muslimisch geprägten Linxia verbieten Teilnahme von Kindern am Religionsunterricht in den Neujahrsferien

Wie *Reuters* am 17. Februar berichtete, verboten im Januar Beamte der lokalen Erziehungsbehörden im Kreis Guanghe im Autonomen Bezirk Linxia der Hui-Nationalität (Provinz Gansu), dass Kinder während der mehrwöchigen Ferien zu Chinesisch Neujahr an religiöser Erziehung teilnehmen. Ähnliche Maßnahmen seien aus der Stadt Linxia im

gleichnamigen Bezirk gemeldet worden, so *Reuters*. In einer früheren Meldung hieß es sogar, dass Kindern das Betreten religiöser Stätten verboten worden sei. Die Bezirksregierung von Linxia antwortete auf Nachfragen von *Reuters* u.a., dass die chinesische Verfassung die Trennung von Religion und Erziehung vorschreibe. Es war unklar, ob das Verbot auch nach den Ferien weiter gelten werde. Das Informationsbüro des Staatsrats erklärte gegenüber *Reuters*, dass China die Rechte der Bürger auf Religionsfreiheit unter dem Gesetz garantiere, Kinder eingeschlossen; China gehe jedoch gegen illegale Aktivitäten im Namen von Religion vor. Li Haiyang, ein Imam aus Henan, sagte zu *Reuters*, solche Verbote seien früher schon mündlich ausgesprochen, aber oft ignoriert worden; diesmal scheine es jedoch den Behörden mit der Umsetzung ernst zu sein. – Die Hui-Muslime hatten bisher ein eher entspanntes Verhältnis zu den Behörden; nun gebe es die Befürchtung, dass die Regierung ähnliche Maßnahmen einsetzen wolle wie gegen die uigurischen Muslime in Xinjiang, so *Reuters*. Im Bezirk Linxia leben viele chinesischsprachige Hui-Muslime, in der Stadt Linxia, die auch als „chinesisches Mekka“ bezeichnet wird, liegt ihr Bevölkerungsanteil bei über 50%. Die *Global Times* meldete unter Berufung auf die lokale KP-Website chinaxn.net, dass am 19. Januar 2018 die KP-Mitglieder im Parteikomitee des Bezirks Linxia eine Verpflichtung unterzeichnet hätten, keinen religiösen Glauben zu hegen. Bereits im November hatte *Global Times* den Islam in Ningxia als Hindernis für die Armutsbekämpfung beschrieben (*Global Times* 23.01.2018; *Reuters* 17.01.; 17.02.2018; vgl. *China heute* 2017, Nr. 4, S. 220). – Zu ähnlichen Verbote für christliche Kinder siehe den Eintrag von ab Februar 2018 in der Rubrik „Christentum“.

29. Januar 2018:

Global Times berichtet kritisch über Ferienkurse für „zurückgelassene“ muslimische Kinder in Yunnan mit Verweis auf Trennung von Erziehung und Religion

Moscheen in Yunnan unterrichten in den Winterferien muslimische Kinder und Jugendliche, die von ihren auswärts arbeitenden Eltern „zurückgelassen“ worden seien, in Arabisch, Koran und islamischer Kultur, berichtete die *Global Times*; dies habe ein Angestellter der Islamischen Vereinigung von Yunnan gegenüber der Zeitung bestätigt. Sodann zitiert der Bericht Xiong Kunxin von der Minzu University of China mit den Worten, dies sei „unpassend“, denn die Weltsicht von Teenagern sei noch nicht festgelegt und

es sei deshalb „gefährlich, ihr Gehirn mit Religion zu waschen“. *Global Times* verwies auf die Bestimmung in Artikel 36 der Verfassung, „Niemand darf eine Religion dazu benutzen, Aktivitäten durchzuführen, die [...] das Erziehungssystem des Staates beeinträchtigen“, sowie auf eine gleichlautende Passage im Erziehungsgesetz (*Global Times* 20.01.2018).

10. März 2018:

Vorsitzender der Chinesischen islamischen Vereinigung fordert, Sorgen der Gesellschaft vor übermäßiger Anwendung des halal-Gedankens nicht zu ignorieren

Laut einem Bericht der *Global Times* sagte Yang Faming, der Vorsitzende der CIV, der Islam habe in China Sorgen hervorgerufen, die nicht ignoriert werden sollten, wie chinesische Moscheen, die in auffälliger Weise ausländische Architektur imitierten, oder eine übermäßige Anwendung des *halal*-Gedankens in manchen Regionen. Er sprach von einem Eingriff der Religion „ins säkulare Leben der Menschen, wobei manche Menschen die Religion mehr beachten als die Landesgesetze und sich nur als Gläubige bezeichnen und nicht als Bürger“. Yang machte diese Anmerkungen bei der Sitzung der Chinesischen politischen Konsultativkonferenz in Beijing, wie *Global Times* berichtete. Die Zeitung zitierte auch Shen Guiping vom Zentralen Institut für Sozialismus mit den Worten, eine Überbetonung religiöser Lebensweisen führe dazu, dass Religion sich auf andere soziale Bereiche ausdehne und zur Separierung einer Gruppe vom Rest der Gesellschaft führe, was dann ein „öffentliches Problem“ sei. – *Global Times* hat schon mehrfach berichtet, dass es in der chinesischen Internet-Öffentlichkeit ein Missbehagen über eine als übermäßig empfundene Ausbreitung des *halal*-Gedankens gebe. Andererseits, so Lanya Feng in einem Beitrag in *The McGill International Review*, halten manche nichtmuslimische Verbraucher in China *halal*-Lebensmittel für sicherer; der *halal*-Lebensmittelsektor erhalte dadurch einen Wettbewerbsvorteil und die an der Lebensmittelherstellung rituell beteiligten Imame eine gewisse wirtschaftliche und politische Macht (*Global Times* 11.03.2018; *mironline.ca* 25.02.2018; vgl. *China heute* 2017, Nr. 4, S. 220).

Christentum

ab Februar 2018:

Provinz Henan: Verbot von christlichen Neujahrsspruchbändern und zunehmender Druck auf Christen

Wie *UCAN* unter Berufung auf Aussagen verschiedener in der Provinz arbeitender



Eigentlich ein schönes Beispiel für die „Sinisierung“ des Christentums: Demontierte Neujahrsspruchbänder mit christlichen Motiven. Foto: *UCAN*

katholischer Priester meldete, wurde an mehreren Orten in Henan in Gebieten der Diözese Xinxiang und in Puyang katholische und evangelische Haushalte aufgefordert, traditionelle Neujahrsspruchbänder von den Haustüren zu entfernen, die christlich Inhalte hatten. Die Anordnung sei teils schriftlich, teils mündlich erfolgt, nach einem Bericht hinderte der Dorfkader die Gläubigen persönlich am Ankleben der Spruchbänder. Ein Priester namens Paul aus der Diözese Luoyang berichtete *UCAN*, ihm sei gesagt worden, dass kleine Versammlungspunkte ohne amtliches Registrierungszertifikat geschlossen würden und Priester, die keinen Ausweis für religiöse Amtsträger hätten, künftig keine religiösen Rituale mehr durchführen dürften. Ein Priester der Diözese Anyang sagte *UCAN*, seine Diözese habe eine Benachrichtigung erhalten, dass keine Fortbildungskurse für Gläubige mehr erlaubt würden und solche für Kinder absolut verboten seien. Er war der Ansicht, dass diese Maßnahmen sich in erster Linie gegen die schnell wachsenden protestantischen Gemeinden richteten und die Katholiken mitbetroffen seien. – Die in den USA ansässige Organisation *China Aid* berichtete ebenfalls von zunehmendem Druck auf Christen in Henan. Seit Anfang Februar hätten lokale Sicherheits- und Religionsbehörden Hauskirchenmitglieder mit Geldstrafen bedroht. In Nanyang seien alle religiösen Versammlungen in privaten Wohnungen explizit verboten worden; Teilnehmern oder Gastgebern von Treffen außerhalb registrierter religiöser Stätten werde eine Geldstrafe von 30.000 Yuan angedroht. Die Organisation brachte den zunehmenden Druck mit dem Inkrafttreten der revidierten „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ in Verbindung (*chinaaid.org* 3.,7.03.2018; *china.ucanews.com* 21.02.2018).

Protestantismus

8. Dezember 2017:

Sechs Christen in Yunnan aufgrund von Kult-Anklagen zu Gefängnisstrafen verurteilt

Nach Angaben von China Aid wurden in der Provinz Yunnan sechs Christen vom Volksgericht des Kreises Yun zu Gefängnisstrafen zwischen vier und 13 Jahren verurteilt wegen Zugehörigkeit zu den „Three Grades of Servants“, der Organisation geheimer Treffen sowie des Aufbaus einer Geheimorganisation. Die „Three Grades of Servants“ sind eine in Heilongjiang entstandene religiöse Gruppe mit christlichem Hintergrund, die von den Behörden als „häretischer Kult“ eingestuft und verboten ist. Die sechs Christen bestreiten laut China Aid, dieser Gruppe anzugehören, und haben Revision gegen das Urteil eingelegt. China Aid zufolge wurden in der Provinz Yunnan 2016 bei einer Kampagne gegen die „Three Grades of Servants“ auch Dutzende von Christen verhaftet, die mit der Gruppe nichts zu tun hatten (chinaaid.org 14.02.2018; *Radio Free Asia* 18.01.2018).

29. Dezember 2017:

Nationalversammlung des chinesischen YMCA/YWCA

Bei der Nationalversammlung der chinesischen YMCA- und YWCA-Verbände in Beijing wurde Wu Jianrong erneut zum Generalsekretär des YMCA ernannt, He Xiaoqing wurde Generalsekretärin des YWCA. Die Versammlung fand unter dem Motto statt: „Mit konzentrierter Kraft der Gesellschaft dienen, inmitten der Realisierung des großartigen ‚chinesischen Traums‘ ein neues Zeugnis ablegen“. Die Verbände von YMCA und YWCA allerorten im Lande wurden ermuntert, die Prinzipien des 19. Parteitag zu studieren und in ihrem Geist zu handeln (sara.gov.cn 29.12.2017). Isabel Hess-Friemann

9. Januar 2018:

Protestantische Megakirche von Behörden zerstört

In der Stadt Linfen in der Provinz Shanxi sprengten die chinesischen Behörden – trotz intensiver Proteste der Gläubigen – die Golden-Lampstand-Kirche. Mit Baggern und Presslufthammern wurde das riesige Gebäude anschließend in Schutt gelegt. Gemäß China Aid stand die Gemeinde bereits seit dem Bau 2009 unter staatlichem Druck, immer wieder wurden Kirchenführer inhaftiert. Die staatliche *Global Times* sprach davon, dass die Kirche „geheim gebaut“ worden sei und dabei Bauvorschriften missachtet habe. Sie sei im Zuge einer

städtischen Kampagne „zur Entfernung illegaler Gebäude“ abgerissen worden. Acht Mitglieder der Kirche seien 2009 wegen „illegaler Besitznahme von Ackerland“ und „Behinderung der Verkehrsordnung“ verhaftet worden. Vielfach wurde die Furcht bekundet, dass diese und andere Maßnahmen im Zusammenhang stehen könnten mit den überarbeiteten Vorschriften für religiöse Angelegenheiten, die am 1. Februar 2018 in Kraft traten (*America Magazine* 25.01.2018; *The Guardian* 11.01.2018; *UCAN* 11.01.2018).

7.–16. Januar 2018:

Weltkirchenrat zu Besuch in China

Zum Auftakt der Feierlichkeiten seines 70-jährigen Bestehens besuchten Vertreter des Weltkirchenrates (World Council of Churches, WCC) die Volksrepublik China, um die Beziehungen zwischen WCC und CCC (Chinese Christian Council, Chinesischer Christenrat) zu verstärken. Neben dem Generalsekretär Olav Fykse Tveit und zwei weiteren Delegationsteilnehmern war auch Asienpräsident Sang Chang bei dem Besuch dabei. Bei Stationen in Shanghai, Nanjing und Beijing traf die Gruppe des WCC mit Repräsentanten der Drei-Selbst-Bewegung und des Christenrates zusammen, ebenso mit Dozentenschaft und Studierenden verschiedener Lehreinrichtungen sowie mit Funktionären der staatlichen Religionsbehörde. – Seit seiner Teilnahme an der Vollversammlung des WCC 1991 in Canberra ist der Chinesische Christenrat vollwertiges Mitglied des Rates. Nach einem historischen ersten Besuch durch Führungspersonen des WCC in China im November 2016 setzt dieser Aufenthalt ein Zeichen, die Bedeutung der Christen in China für die Weltgemeinschaft hervorzuheben. Generalsekretär Tveit betonte die besondere Relevanz der chinesischen Kirchen für das christliche Zeugnis und seine zukünftige Entwicklung in der globalen Ökumene (oikoumene.org 12.01.2018). Isabel Hess-Friemann

21. Februar 2018:

Tod von Billy Graham – Reaktionen in China

Der Tod des amerikanischen Evangelisten Billy Graham im Alter von 99 Jahren wurde in der Volksrepublik mit großer Anteilnahme aufgenommen. Billy Graham besuchte das Land in den Jahren 1988 und 1994. Seine Frau, Ruth Bell Graham, war als Tochter eines Missionars in China geboren worden und verbrachte ihre Jugendzeit dort. Gao Feng, Präsident des Chinesischen Christenrates, und Fu Xianwei, Generalsekretär der Drei-Selbst-Bewegung, veröffentlichten einen Kondolenzbrief, in dem sie Billy Graham als lieben Freund

der chinesischen Kirche und als einen der einflussreichsten christlichen Führer der Welt bezeichneten. Vertreter der nationalen chinesischen Religionsbehörde nahmen als Gäste an den Bestattungs-Feierlichkeiten teil (www.ccctspm.org/newsinfo/10174 [Text Kondolenzbrief]; chinachristiandaily.com 23.02.2018). Isabel Hess-Friemann

8.–13. März 2018:

Chinesischer Christenrat nimmt an der Weltmissionskonferenz in Arusha, Tansania, teil

Eine sechsköpfige Delegation unter der Leitung von Lin Manhong, der stellvertretenden Generalsekretärin des Chinesischen Christenrates, beteiligte sich an der Weltmissionskonferenz in Arusha, Tansania. Das Motto, unter dem sich die insgesamt 1.024 Delegierten in Foren und Workshops austauschten, war „Vom Geist bewegt – Zu verwandelnder Nachfolge berufen“. Es war die 13. Konferenz dieser Art, die der WCC (World Council of Churches) seit dem Auftakt der ökumenischen Bewegung 1910 in Edinburgh organisierte. Auf einem Podium mit Vertretern asiatischer Kirchen betonte Pfarrerin Lin die Notwendigkeit, Verkündigung in den jeweiligen Kontext einzubetten, um sie als prophetisches Leitmotiv wirksam werden zu lassen (ccctspm.org 12.03.2018). Isabel Hess-Friemann

Katholizismus

7. Dezember 2017:

Untergrundbischof Matthias Yu Chengxin von Hanzhong verstorben

Der knapp 90-jährige Bischof Yu, Koadjutorbischof emeritus von Hanzhong in der Provinz Shaanxi, wurde am 12. Dezember bestattet. Der Begräbnisfeier stand der offizielle Bischof von Hanzhong, Luis Yu Runshen, vor. – Bischof Yu wurde am 28. Februar 1928 in eine katholische Familie geboren. Er war der jüngere Bruder von Bischof Bartholomäus Yu Chengti, ebenfalls Bischof von Hanzhong. Alle drei Bischöfe Yu waren von Rom anerkannt, jedoch nur Luis Yu hat auch die Anerkennung der chinesischen Regierung. 1950 trat Matthias Yu ins Kleine Seminar von Hanzhong ein und studierte ab 1956 im regionalen Priesterseminar von Kaifeng, das allerdings bereits zwei Jahre später geschlossen wurde. Während der Kulturrevolution stand Matthias Yu zunächst unter Hausarrest und verbrachte anschließend längere Zeit im Arbeitslager. 1981 wurde er im Untergrund zum Priester geweiht und war als Spiritual und Lateinlehrer am Untergrundseminar von Hanzhong tätig. Er galt als fröhlicher Mensch, der mit dem Fahrrad zu den Dörfern fuhr, um die Sakramente zu spenden. Am 12. Dezember 1989 wurde er im Geheimen zum Koadjutorbischof von Hanzhong

geweiht, nachdem sein Bruder Bartholomäus, der damalige Untergrundbischof von Hanzhong, im November nach der versuchten Gründung einer Bischofskonferenz im Untergrund verhaftet worden war. 2005 kam es zu einer Versöhnung zwischen der offiziellen und Untergrundseite der Diözese, nachdem der offizielle Bischof Luis Yu kurz vor dem Tod von Johannes Paul II. 2005 ebenfalls die päpstliche Anerkennung erhielt. Bis zu seinem Tod 2009 war Bartholomäus der Ordinarus der Diözese, danach übernahm Luis die Leitung. – Bischof Matthias Yu selbst hat nie das bischöfliche Amt ausgeübt. Bereits 2007 war er durch einen Schlaganfall stark eingeschränkt, auch wollte er – so *AsiaNews* laut einer maßgeblichen Quelle – nach dem Tod seines Bruders nicht die Einheit in der Diözese gefährden. In einer Erklärung, die von allen Priestern von Hanzhong unterschrieben war und bei der Begräbnisfeier verlesen wurde, heißt es: „Er hat nie sein bischöfliches Amt ausgeübt und nie jemandem erlaubt, ihn Bischof zu nennen, auch zeigte er sich nie mit seinen bischöflichen Insignien, weder im Privaten noch in der Öffentlichkeit. Er hat sich immer als Priester betrachtet und so der Kirche stets gedient“ (Zitat aus *AsiaNews*) (*Asia News* 13.12.2017; *Fides* 30.01.2018; *UCAN* 14.12.2017).

16. Dezember 2017:

Kathedrale von Shanghai nach Restaurierung ohne Bischof Ma Daqin wiedereröffnet

Nach zweijährigen Renovierungsarbeiten wurde die 112 Jahre alte neogotische St. Ignatius-Kathedrale von Shanghai im Stadtbezirk Xujiahui am 16. Dezember mit einer feierlichen Messe wiedereröffnet. Der Messe stand Priester Wu Jianlin, Kanzler der Diözese Shanghai, vor, begleitet von 50 chinesischen und ausländischen Priestern aus Shanghai und anderen Diözesen. 2.000 Gläubige nahmen an der Messe teil. – Nicht anwesend war Bischof Thaddäus Ma Daqin, der seit 2012 unter Hausarrest im Sheshan-Seminar steht, sich aber seit Längerem wieder freier bewegen darf. Es war spekuliert worden, dass die Messfeier in der Kathedrale mit ihm als Hauptzelebrant hätte als Zeichen gedeutet werden können, dass er seinen bischöflichen Dienst wieder aufnehmen dürfe. Dies war nicht der Fall, der Bischof postete vielmehr am Vormittag ein Bild auf Wechat mit den Worten: „Ich bin hier im Sheshan-Seminar.“ – Im Juni 2016 hatte ein offener Brief von Bischof Ma, in dem er seinen Austritt aus der Patriotischen Vereinigung bei seiner Bischofsweihe am 7. Juli 2012 bereute, für Irritationen gesorgt. Drei Monate später wurde er wieder

in die Vereinigung aufgenommen und mit zwei Posten ausgestattet. An Ostern 2017 konzelebrierte Bischof Ma in der Diözese Mindong mit dem illegitimen Bischof Zhan Silu, dem er die Handauflegung bei seiner eigenen Bischofsweihe verweigert hatte. All dies wurde als Versöhnungszeichen seitens Bischof Ma gegenüber den Behörden gedeutet, verbunden mit der Hoffnung, dass er bald sein Bischofsamt ausüben dürfe. Dies scheint allerdings verfrüht. – Die Kathedrale von Shanghai wurde 1905 erbaut und ist seit 2013 vom Staatsrat als Kulturerbe anerkannt. Wasserschäden und bauliche Mängel hatten größere Renovierungsarbeiten erfordert (*AsiaNews* 18.12.2017; *UCAN* 21.12.2017).

27. Dezember 2017:

Proteste bei Zerstörung der einzigen katholischen Kirche in Zhifang

In Zhifang, einem kleinen Ort in der Nähe von Xi'an, Shaanxi, wurde kurz nach Weihnachten die einzige katholische Kirche des Ortes durch die Behörden abgerissen, so berichtete *UCAN*. Während des Abrisses protestierten einige katholische Gläubige vor dem Rathaus, da sich niemand dem Kirchengelände nähern durfte. Priester Shan Ren aus dieser Gemeinde berichtete *AsiaNews*, dass die Kirche 1999 gebaut wurde, als immer mehr Menschen aus den höher gelegenen Gebieten in das Tal von Laoyu zogen. Mit der Zeit entwickelte sich diese Region wirtschaftlich und Priester Shan glaubt, dass nicht baurechtliche Gründe, sondern wirtschaftliche Interessen hinter dem Abriss stecken. Laut Quellen aus der Gemeinde wurde die Kirche vor 20 Jahren legal, nach Einholung aller erforderlichen Genehmigungen, gebaut. Das Grundstück, so berichtet *AsiaNews*, wurde durchgehend von der katholischen Gemeinde für pastorale Zwecke genutzt. – Die Behörden hatten nur eine Woche vor dem Abristermin die Gemeinde von ihren Plänen in Kenntnis gesetzt. Als Begründung wurde die illegale Inanspruchnahme des Grundstückes angegeben. *UCAN* bezieht sich auf Informationen von einem WeChat-Nutzer, der bestätigt, was Priester Shan bei *AsiaNews* berichtete: durch die Ausweisung dieses vormaligen Gemeindegebiets als [touristisches] „Landschaftsgebiet“ und die geplante Weiterentwicklung (eine Autobahn wurde bereits in der Nähe fertiggestellt) stieg der Wert des Grundstückes um ein Vielfaches (*AsiaNews* 28.,29.12.2017; *UCAN* 5.01.2018).

27. Januar 2018:

Bischof Shao Zhumin von Wenzhou kehrt nach 7 Monaten erzwungenen Verschwindens und Hausarrests in seine Diözese zurück

Der von Rom, aber nicht von der Regierung anerkannte Untergrund-Bischof von Wenzhou war am 18. Mai 2017 von Behördenvertretern „mitgenommen“ worden. Sein Aufenthalt war zunächst lange nicht bekannt; im September hatte er sich dann aus einem Beijinger Krankenhaus gemeldet, wo er am Ohr operiert wurde; danach stand er in Xining in der Provinz Qinghai unter Hausarrest und wurde erst am 3. Januar freigelassen. Während seiner Haft habe man vergeblich Druck auf ihn ausgeübt, der Patriotischen Vereinigung beizutreten; Anfang Dezember sei er aufgefordert worden, ein Dokument mit vier Bedingungen für seine öffentliche Anerkennung als Bischof zu unterzeichnen, darunter Unterstützung für das Prinzip einer autonomen und unabhängigen Kirche, die Selbstwahl und -weihe von Bischöfen und die Konzelebration mit einem illegitimen Bischof; diesen Forderungen habe er jedoch nicht zugestimmt, so *AsiaNews* und ähnlich *UCAN*. Im Juni 2017 hatten sich nacheinander der deutsche Botschafter in Beijing und der Vatikan in öffentlichen Statements für Bischof Shaos Freilassung eingesetzt, am 18. Dezember startete die Diözese Wenzhou eine Gebetskampagne für den Bischof. – Am 29. Dezember 2017 wurde laut *UCAN* der Untergrundpriester Lu Danhua aus der kleinen Diözese Lishui, die von der Diözese Wenzhou verwaltetet wird, von Beamten des lokalen Religionsbüro verschleppt; nach mehr als einer Woche war sein Verbleib immer noch unbekannt, einer Quelle zufolge war er zur Umerziehung nach Wenzhou gebracht worden (*AsiaNews* 19.12.2017; 31.01.2018; *UCAN* 10.01.2018; vgl. *China heute* 2017, Nr. 2, S. 79, 82; Nr. 3, S. 156).

Anfang Februar 2018:

Berichte, dass an Kirchen in einigen Gegenden Schilder „Zutritt für Minderjährige verboten“ aufgehängt werden

Wie *UCAN* auf Berufung auf einen einheimischen Priester berichtete, haben die Behörden katholische Untergrundgemeinden in einigen Gegenden der Provinz Hebei aufgefordert, Schilder „Zutritt für Minderjährige verboten“ an ihren Kirchen und Gebetsstätten aufzuhängen, und gedroht, sie andernfalls die Kirchen nicht mehr benutzen zu lassen. Auch aus der Provinz Henan wurde das Aufhängen solcher Verbotsschilder an Kirchen gemeldet. Priester Thomas aus Henan berichtete *UCAN*, nach Chinesisch Neujahr hätten ihn Behördenvertreter aufgesucht und u.a. erklärt, dass Parteimitglieder und Minderjährige Kir-



Metallschild „Zutritt für Minderjährige verboten“ unten rechts am Eingangstor zu dieser katholischen Kirche im Kreis Nanle, Provinz Henan. Foto: UCAN.

chen nicht betreten dürften. Ein katholischer Laie aus Zentralchina namens Peter sagte zu UCAN, er habe solche Schilder schon an katholischen Kirchen in Xinjiang gesehen (dort dürfen Minderjährige generell keine Moschee betreten); lokale Rechtsvorschriften, die Minderjährigen verbieten, religiöse Stätten zu betreten, entbehren jeder Rechtsgrundlage und seien verfassungswidrig, da die Verfassung die Glaubensfreiheit der Bürger garantiere. Das Gesetz zum Schutz Minderjähriger lege außerdem fest, dass Kinder und Jugendliche nicht aufgrund ihres religiösen Glaubens diskriminiert werden dürften, sagte Peter (china.ucanews.com 8.02.2018; UCAN 8.02.2018).

Anfang Februar 2018: Berichte über Verbote katholischer Jugendlager in Shanxi und der Inneren Mongolei

Nach Angaben von *AsiaNews* haben mehrere Priester in Shanxi, der Inneren Mongolei und anderen Teilen Chinas Anfang Februar die Warnung erhalten, dass sie künftig keine Jugendlager mehr abhalten dürften; einige Pfarreien hätten einen entsprechenden Brief vom Religionsbüro erhalten. Da Chinesisch Neujahr (16. Februar) kurz bevorstand und viele Gemeinden die Neujahrsferien wie auch die Sommerferien benutzen, um Kinder und Jugendliche zur Katechese zu versammeln, sei diese Anordnung umso drängender gewesen. *AsiaNews* führte sie auf die ab 1. Februar geltenden revidierten „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ zurück. Berichte über lokale Verbote christlicher Erziehung gab es bereits im August 2017 (*AsiaNews* 3.02.2018; vgl. *China heute* 2017, Nr. 3, S. 154-155). – Nach einer Erhebung des „China Religion Survey“ der Renmin University in Beijing zur Situation der registrierten religiösen Stätten, die 2016 veröffentlicht wurde, boten 32,2% der befragten katholischen

und 16,3% der protestantischen Stätten im Jahr 2013 Sommerlager für Jugendliche an; bei den anderen 3 Religionen lag der Prozentsatz unter 5% (vgl. *China heute* 2017, Nr. 1, S. 26).

5. Februar 2018: Faith Institute for Cultural Studies (FICS) veröffentlicht erstmals Taufstatistik für das gesamte Jahr

Der Erhebung zufolge, die das FICS zusammen mit der Chinesischen katholischen Forschungsstelle der offiziellen katholischen Leitungsgremien durchführte, wurden in den katholischen Gemeinden Festlandchinas im Jahr 2017 insgesamt 48.556 Menschen getauft; die Zahlen seien jedoch unvollständig. Taufen in den Gemeinden im Untergrund wurden vermutlich höchstens teilweise erfasst (*Xinde* 5.02.2018; zu Details siehe die Statistik in den Themen dieser Ausgabe von *China heute*).

8. Februar 2018: Religionsbüro besucht katholische Gremien – Vorsitzender der offiziellen Bischofskonferenz kündigt für 2018 eine Konferenz zu „60 Jahre Selbstwahl und -weihe von Bischöfen“ an

Direktor Wang Zuo'an und andere Vertreter des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten (BRA) überbrachten den führenden Vertretern der (offiziellen) Chinesischen Bischofskonferenz und der Chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung, die am Sitz dieser Gremien in Beijing residieren, Glückwünsche zum Neujahrsfest. Laut dem Bericht auf der Website der Gremien sagte (der von Rom nicht anerkannte) Bischof Ma Yinglin, Patriotische Vereinigung und Bischofskonferenz planten für das Jahr 2018 eine Konferenz zur Erinnerung an 60 Jahre Selbstwahl und -weihe von Bischöfen. Man wolle außerdem, mit der Durchführung des Fünfjahresplans zur Sinisierung der katholischen Kirche als zentrales Thema

und der Umsetzung der „drei Systeme zur demokratischen Verwaltung der Kirche“ als Ziel, die Arbeit der beiden Gremien auf eine neue Stufe heben (*AsiaNews* 10.02.2018; chinacatholic.cn 8.02.2018). – Vor 60 Jahren, am 13. April 1958, wurden auf Betreiben der chinesischen Regierung erstmals zwei chinesische Priester, die späteren Bischöfe Dong Guangqing (Hankou) und Yuan Wenhua (Wuchuan), von der 1957 gegründeten Patriotischen Vereinigung zu Bischöfen gewählt und ohne päpstliches Mandat geweiht. Vorher hatte der Vatikan die Bitte der Patriotischen Vereinigung um Anerkennung der von ihr gewählten Kandidaten zurückgewiesen. Bei den „drei Systemen zur demokratischen Verwaltung der Kirche“ handelt es sich um drei umstrittene Statuten der offiziellen katholischen Gremien aus dem Jahr 2003; es sind Statuten für die Gemeinsame Versammlung der beiden Gremien (中国天主教爱国会、中国天主教主教团主席联席会议制度), für die Verwaltung der Diözesen (中国天主教教区管理制度) sowie für die Arbeit der Patriotischen Vereinigung (中国天主教爱国会工作条例), online unter www.chinacatholic.cn/html/category/14050346-1.htm.

21. Februar 2018: Diözese Taiyuan eröffnet feierlich ein „Jahr der Jugend“

Die Diözese in der Provinz Shanxi hat ein „Jahr der Jugend“ ausgerufen, das am 21. Februar unter Teilnahme von 2.000 Jugendlichen mit dem Bischof, 60 Priestern, 28 Schwestern, 5 Diakonen und 24 Seminaristen in der Xiliulin-Kirche eröffnet wurde. Die Eröffnung stand unter dem Motto „Suchen“. Vor der Kirche schrieben die Jugendlichen ihre Wünsche auf und knüpften sie an ein Netz. In seiner Predigt wies Bischof Meng Ningyou auf die Weltbischofssynode im Oktober 2018 in Rom hin, die unter dem Motto „Die Jugendlichen, der Glaube und die Berufungsunterscheidung“ stehen wird. Der Priester Li Yonglong sagte bei der Eröffnungszereemonie, Ziel des Jugendjahres in Taiyuan sei es, die Kraft der Jugendlichen in der Diözese zusammenzuschließen, damit sie noch besser für den Glauben Zeugnis ablegen



Junger Musiker bei der Eröffnung des Jugendjahres der Diözese Taiyuan.
Foto: chinacatholic.org.

können. Eine Vertreterin der Jugend forderte die Diözese auf, ein Büro für Jugendseelsorge zu gründen. Zum Eröffnungsprogramm gehörte auch ein Umzug durch das Dorf mit Heiligenbildern und Reliquien – zwei der vertretenen Heiligen waren Wu Anbang und Zhao Quanxin, die beide aus Xiliulin stammten und während des Boxeraufstands getötet wurden. Nach den Worten des Generalsekretärs der Diözese, Priester Lü Xufeng, sollten die heiligen Märtyrer der Jugend Vorbild und Ermutigung sein. Als weitere Etappen des Jugendjahres sind eine Veranstaltung zur Förderung der geistlichen Berufe, eine über kirchliches Wissen, ein „Alleluja-Cup“-Gesangswettbewerb sowie eine Jugendwallfahrt geplant (chinacatholic.org 23.03.2018).

27. Februar und 8. März 2018:

Kreuz und religiöse Elemente von Kirchen in Xinjiang und Henan entfernt
Der erste Fall war eine Kirche in Yining, Xinjiang. Dort wurden am 27. Februar nicht nur die Kreuze vom Dach entfernt, sondern es wurden ebenfalls die Türmchen, die auf der Kirchenfront platziert waren, rückgebaut, und alle katholischen Elemente von der Fassade entfernt, sodass nur noch der Schriftzug „Katholische Kirche“ und die Abbildung einer Taube übrig blieben. Auf der Website von UCAN gibt es Bilder, die diese Vorgänge dokumentieren.



Die katholische Kirche in Yining vor und nach den Maßnahmen. Foto: UCAN.

Die Entfernung der Kreuze und auch der Kreuzwege im Inneren passierte nicht nur in Yining, sondern auch in Manas und Hutubi in Xinjiang. UCAN spricht unter Berufung auf nicht genannte Quellen, dass diese Aktionen unter dem Stichwort der „Sinisierung“ der Religionen in China geschehen würden. – Der zweite Fall geschah in Shangqiu, Henan. An der Kathedrale (Südkirche) von Shangqiu wurden am 8. März durch Verfügung des Straßenamtes und des Distrikt-Komitees auf dem Gelände 10 Kreuze von diversen Gebäuden abgenommen. Gläubige meldeten den Vorfall beim Volkskongress und der Politischen Konsultativkonferenz der Provinz. So wurde später die Installation drei kleinerer Kreuze wieder zugelassen. In Henan häufen sich neben diesem ersten Fall von Kreuzentfernung auch Berichte über andere „kirchenfeindlichen“ Aktionen (siehe die Einträge von ab Februar 2018 in der Rubrik „Christentum“ und Anfang Februar in dieser Rubrik). – In Wenzhou, Provinz Zhejiang, haben Gläubige auf drei Kirchen heimlich wieder rote Kreuze installiert, die sie danach durch Gebetswachen rund um die Uhr beschützten. „Es ist etwas fundamental falsch mit einer Kirche ohne Kreuz“, zitiert *World Magazine* einen Gläubigen aus diesen Gemeinden (*AsiaNews* 02.03.2018; UCAN 1.,13.03.2018; *World Magazine* 29.01.2018).

Sino-vatikanische Beziehungen

22. Januar 2018:

Weihnachten 2017: Vatikan unterstützt Nothilfearbeit von Jinde Charities

Kurz vor Weihnachten hat das vatikanische Dikasterium für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen, „mit dem Placet des Papstes“, so *Vatican Insider*, 100.000 USD für die Finanzierung von Projekten für die Bevölkerung in armen Bergregionen der Provinzen Hebei und Guizhou unterstützt. Die Summe ging an die katholische Jinde Charities in Shijiazhuang, die die Projekte als eine ihrer Hauptinitiativen 2017 unterstützte. – Am 3. Juni 2017 organisierte Jinde Charities ein Benefizkonzert in der Kathedrale in Beijing, an dem auch Vertreter der Einheitsfront sowie des Staatlichen Religionsbüros teilnahmen (*Vatican Insider* 13.02.2017).

22. Januar 2018:

AsiaNews berichtet, dass der Vatikan die legitimen Bischöfe von Shantou und Mindong im „Untergrund“ gebeten habe, als Ortsbischöfe zurückzutreten, damit zwei illegitime Bischöfe kirchlich legalisiert und als Ortsbischöfe eingesetzt werden können

Bevor ein dem Vernehmen nach fast fertiges Abkommen über künftige Bischofser-

nennungen in China zwischen Vatikan und Beijing geschlossen werden kann, verhandeln beide Seiten, soweit bekannt, um eine Einigung über die künftige Rolle der 7 ohne Zustimmung des Papstes geweihten und deshalb aus kirchlicher Sicht illegitimen Bischöfe, deren Anerkennung Beijing fordert, und der 30 bis 40 von der Regierung nicht anerkannten Bischöfe im „Untergrund“. In zwei Fällen, Shantou und Mindong, sind die betreffenden Diözesen mit einem nur von Rom anerkannten Untergrundbischof und einem nur von der Regierung anerkannten offiziellen Bischof „doppelt“ besetzt (in einem dritten Fall, Qiqihar/Heilongjiang, gibt es Überschneidungen) – es kann aber nur einen Ortsbischof geben. Wie nun *AsiaNews* am 22. Januar unter Berufung auf lokale Quellen berichtete, wurde der 88-jährige Untergrundbischof Zhuang Jianjian von Shantou in der südchinesischen Provinz Guangdong vom 18. bis 22. Dezember 2017 von Regierungsbeamten nach Beijing eskortiert. Dort habe er am 21. Dezember zuerst drei Beamte des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten und dann eine Delegation des Heiligen Stuhls getroffen. Diese Delegation habe von Bischof Zhuang verlangt, als Ortsbischof zurückzutreten, damit der 1967 geborene Bischof Huang Bingzhang der legitime Bischof von Shantou werden könne. Huang wiederum wurde 2011 ohne päpstliche Genehmigung zum Bischof geweiht, woraufhin der Vatikan seine automatische Exkommunikation bekanntgab; er ist aus Regierungssicht der Ortsbischof von Shantou. Sodann habe – so *AsiaNews* weiter – die Vatikandelelegation in der Diözese Mindong (Provinz Fujian) einen anderen päpstlich nicht anerkannten Bischof getroffen, den 57-jährigen Bischof Zhan Silu, der aus Regierungssicht Bischof von Mindong ist. Der vom Papst anerkannte 59-jährige Ortsbischof Guo Xijin, der dem in der Diözese Mindong die große Mehrheit bildenden „Untergrund“ angehört, sei gebeten worden, sich zum Weihbischof oder Koadjutorbischof von Bischof Zhan „herabzustufen“. – Bisher wurde diese Darstellung nicht offiziell vom Vatikan bestätigt; Kardinalstaatssekretär Parolin erwähnte im Interview (s.u.) nur allgemein den Fall, dass „jemand um ein kleines oder großes Opfer gebeten“ werden könnte. *America Magazine* zitierte eine anonyme vatikanische Quelle, die die Vorgänge im Wesentlichen bestätigte (s.u.). Bischof Zhuang bestätigte gegenüber UCAN das Treffen mit der Vatikandelelegation in Beijing, ohne Einzelheiten zu nennen. Gegenüber Ian Johnson von der *New York Times* sagte Bischof Guo Xijin, indirekt den Vorgang bestätigend, wenn er ein verifizierbares echtes Dokument vom Vatikan erhalte, „dann müssen wir Roms Entscheidung ge-

horchen“ (siehe hierzu die Einträge vom 29. Januar 2018, 31. Januar 2018 sowie 1. und 2. Februar 2018 in dieser Rubrik). (*America Magazine* 2.02.2018; *AsiaNews* 22.01.2018; *New York Times* 1.02.2018; *UCAN* 26.01.; 1.02.2018; *Vatican Insider* 31.01.2018).

25., 29., 30. und 31. Januar, 2., 5. und 9. Februar sowie 11. März 2018:

Chinesische *Global Times* berichtet über die Entwicklungen in den sino-vatikanischen Beziehungen

Die englischsprachige Zeitung, die unter dem Dach der Parteizeitung *Renmin ribao* erscheint, aber manchmal etwas unabhängiger Standpunkte vertritt, berichtete detailliert über die Entwicklungen, stets bezugnehmend auf die Enthüllungen der außerchinesischen Medien. Ein Leitartikel am 5. Februar sagte, Papst Franziskus habe bezüglich der Bischofsernennungen „substantielle Zugeständnisse an China“ gemacht. Einige westliche Medien und „ein paar radikale religiöse Gruppen, die kein Recht haben, sich in Bischofsernennungen einzumischen“, seien unglücklich über die Versuche des Heiligen Stuhls, den Konflikt mit Beijing beizulegen. Das Abkommen, wenn unter Dach und Fach, werde „von gewaltigem Nutzen“ für die Katholiken sein. Früher oder später würden Beijing und der Vatikan diplomatische Beziehungen aufnehmen. Die chinesische Öffentlichkeit respektiere „generell jeden Papst“, und Papst Franziskus habe ein positives Image.

29. Januar 2018:

Kardinal Zen enthüllt, dass er dem Papst einen Brief von Bischof Zhuang übergeben und was der Papst ihm zu den Verhandlungen gesagt habe

In einem Beitrag auf seinem Blog schrieb der frühere Hongkonger Bischof Kardinal Joseph Zen – der schon lange vor zu großen Kompromissen des Vatikans gegenüber China warnt, diese aber nicht dem Papst selbst, sondern dessen Mitarbeitern zuschreibt –, dass er Papst Franziskus am 10. Januar am Ende der öffentlichen Audienz im Vatikan einen Brief von Bischof Zhuang mit Übersetzung und Begleitschreiben von ihm, Zen, überreicht habe. Am Abend des 12. Januar habe er daraufhin mit dem Papst über die Sorgen „seiner treuen Kinder in China“ sprechen können. Der Papst habe ihm gesagt: „Ja, ich habe ihnen (seinen Mitarbeitern im Heiligen Stuhl) gesagt, dass sie keinen zweiten Fall Mindszenty erzeugen sollen.“ – József Mindszenty war Erzbischof von Esztergom-Budapest. Aufgrund seines Widerstandes gegen den Kommunismus war er mehrmals inhaftiert und lebte ab

1956 im Asyl in der US-Botschaft in Budapest, bis er ab 1971 auf Verlangen des Heiligen Stuhls ins Exil ging (siehe den Wortlaut von Kardinal Zens Blogbeitrag in der Dokumentation dieser Nummer). – Die Enthüllungen von *AsiaNews* und Kardinal Zen lösten in der Kirche in und außerhalb Chinas große Verwirrung, teilweise auch Unverständnis und Enttäuschung über den Vatikan aus; andere äußerten Zustimmung für den Dialogkurs des Vatikans (siehe zwei Beispiele in der Dokumentation).

30. Januar 2018:

Dementi des Vatikans zu „angeblichen Meinungsverschiedenheiten“ zwischen dem Papst und seinen Mitarbeitern in China-Fragen

Der Direktor des Presseamts, Greg Burke, erklärte, der Papst stehe in ständigem Kontakt mit seinen Mitarbeitern, insbesondere des Staatssekretariats, bezüglich der China-Fragen und werde detailliert informiert; es sei bedauerlich, dass Personen innerhalb der Kirche das Gegenteil behaupteten (siehe Wortlaut in der Dokumentation).

31. Januar 2018:

Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin begründet im Interview, warum der Vatikan im Dialog mit China steht – Hauptziel ist die Erhaltung der Gemeinschaft

Als Leiter des Staatssekretariats ist Kardinal Parolin für die Verhandlungen mit China zuständig. Im Interview mit *Vatican Insider* sagte er, das Hauptziel des Dialogs mit China sei die Erhaltung der Gemeinschaft des Bischofs von Rom mit allen Bischöfen und Versöhnung zur Einheit in der Kirche Chinas. Es gehe darum, „realistische pastorale Lösungen zu finden, die es den Katholiken ermöglichen, ihren Glauben zu leben und das Werk der Evangelisierung im spezifischen chinesischen Kontext fortzusetzen“. Das Anliegen des Heiligen Stuhls sei, dass die Kirche in China „vollständig katholisch und gleichzeitig authentisch chinesisch“ sein könne. Es gebe noch viele Wunden, die nur mit dem Balsam der Barmherzigkeit geheilt werden könnten. Er versicherte, dass die Kirche „niemals die vergangenen und gegenwärtigen Prüfungen und Leiden der chinesischen Katholiken vergessen“ werde, bat aber darum, dass „niemand am Geist des Widerstandes festhält, um seinen Bruder zu verurteilen, oder die Vergangenheit als Vorwand nutzt, um neue Ressentiments und Abschottungen voranzutreiben“. Parolin versicherte auch, dass der Papst die Kontakte zu den chinesischen Behörden persönlich verfolge. „Alle seine Mitarbeiter handeln in Absprache mit ihm. Niemand ergreift private Initiativen“ (siehe den Wortlaut in der Dokumentation).

1. und 2. Februar 2018:

Ungenannte „hochrangige vatikanische Quelle(n)“ spezifiziert gegenüber Medien Vorgänge um die Bischöfe Zhuang und Guo – Abkommen über Bischofsernennungen sei fertig, aber nicht großartig

Eine ungenannt bleibende „hochrangige vatikanische Quelle“ bestätigte gegenüber dem Vatikanexperten Gerard O’Connell von *America Magazine* den Bericht von *AsiaNews* vom 22. Januar im Prinzip und nannte weitere Details: Beijing habe seit Beginn der Verhandlungen verlangt, dass alle 7 illegitimen Bischöfe von Rom als Ortsbischöfe anerkannt werden. Die 5-köpfige Vatikan-Delegation im Dezember sei von Erzbischof Claudio Maria Celli geleitet worden. Celli habe Bischof Zhuang versichert, dass Beijing zugestimmt habe, ihn als Bischof emeritus anzuerkennen und ihn nicht zu zwingen, ein Dokument hinsichtlich der Unabhängigkeit der Kirche zu unterzeichnen. Bischof Zhuang habe weinend zugestimmt, dem Papst zu gehorchen, es sich aber nach seiner Heimkehr anscheinend anders überlegt. Bischof Guo habe beim Treffen mit der Delegation dem Vorschlag stark widersprochen, aber gesagt, er würde dem Papst gehorchen. Nach dem Gespräch mit den beiden Untergrundbischöfen könne nun beim nächsten Treffen irgendwann nach Chinesisch Neujahr dem chinesischen Verhandlungsteam das päpstliche Dekret für die Begnadigung und Legitimierung der 7 Bischöfe zur Weitergabe an [die Regierung in] Beijing übergeben und, in einem nächsten späteren Schritt, das Abkommen unterzeichnet werden. Die vatikanische Quelle sah aber eine Unterzeichnung nicht als gesichert an, da es auch in der VR China solche gebe, „die nicht wollen, dass das passiert“. – Am 1. Februar meldete *Reuters* ebenfalls unter Berufung auf eine hochrangige vatikanische Quelle, dass ein Abkommen über die Bischofsernennungen fertig sei und „in wenigen Monaten“ unterzeichnet werden könne. Es sei kein großartiges Abkommen, „aber wir wissen nicht, wie die Situation in 10 oder 20 Jahren sein wird. Sie könnte sogar schlechter sein.“ Danach „werden wir immer noch wie ein Vogel im Käfig sein, aber der Käfig wird größer sein“. Es werde weiter Leiden geben (*America Magazine* 2.02.2018; *Reuters* 1.02.2018).

2. Februar 2018:

Bischof Marcelo Sánchez Sorondo, Kanzler der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, lobt die Chinesen als „diejenigen, die die katholische Soziallehre derzeit am besten verwirklichen“

In einem Interview mit *Vatican Insider* sagte der argentinische Kurienbischof, er habe bei seiner Chinareise ein außerordentliches Land angetroffen: Das Gemeinwohl stehe an oberster Stelle, es gebe keine Slums und

keine Drogen, die Wirtschaft dominiere nicht die Politik wie in den USA. Beijing „verteidigt die Würde der Person“, so der Bischof. Einige Kommentatoren fanden, dass eine solche Idealisierung Chinas zu weit gehe; Bernardo Cervellera schrieb in *AsiaNews*, dies sei eine „ideologische Beteuerung, die die Kirche zur Zielscheibe des Spotts macht und der Welt schadet“. Laut *UCAN* kritisierten auch chinesische Katholiken die Äußerung des Bischofs. – Bereits im August 2017, als Bischof Sorondo sich zu einer Konferenz über Organspende und -transplantation in China aufhielt, hatte ihn die chinesische *Global Times* mit den Worten zitiert, China könne „ein Modell sein, das wir heute brauchen, um auf die Globalisierung zu antworten, ein Modell für die Würde und Freiheit des Menschen“ (*AsiaNews* 7.02.2018; *UCAN* 12.02.2018; *Vatican Insider* [spanische Ausgabe] 2.02.2018; vgl. *China heute* 2017, Nr. 3, S. 157).

Anfang März 2018:

Einzelne chinesische offizielle Bischöfe äußern sich zu sino-vatikanischen Beziehungen, befürworten Abkommen

In der Zeit der jährlichen Sitzungen der nationalen Politischen Konsultativkonferenz (PKK, ab 3. März) und des Nationalen Volkskongresses (NVK, ab 5. März) gaben chinesische Bischöfe gegenüber verschiedenen Medien Stellungnahmen ab, die *UCAN* und *AsiaNews* zusammenfassten. Demnach sagte Bischof Fang Jianping von Tangshan, NVK-Mitglied, er hoffe, dass die sino-vatikanischen Beziehungen 2018 ein gutes Resultat erzielen; eine kirchliche Legalisierung chinesischer Bischöfe werde die Entwicklung der chinesischen Kirche fördern. Der exkommunizierte Bischof Lei Shiyin von Leshan, PKK-Mitglied, erklärte, diplomatische Beziehungen zwischen China und dem Vatikan würden sich positiv auf Chinas internationalen Einfluss auswirken. Zhan Silu, illegitimer Bischof von Mindong (siehe Eintrag vom 22. Januar 2018 in dieser Rubrik), sagte, es sei ein Durchbruch in den Beziehungen erzielt worden und es gebe keine Hindernisse, solange „jeder nur an das Wohl der Kirche um des Friedens willens“ denke. Auf die Frage, wie die Untergrundkirche künftig zu verwalten sei, sagte er, eine gemeinsame Verwaltung sei notwendig, Gläubige, Priester und Schwestern müssten sich zusammenschließen. Bischof Shen Bin von Haimen, PKK-Mitglied, äußerte, das Thema sei sensibel. Die genannten Bischöfe haben alle führende Positionen in den offiziellen katholischen

Leitungsgremien inne, ihre gehäuften Wortmeldungen zu dem Thema waren sehr ungewöhnlich. Drei chinesische Bischöfe sind Abgeordnete des NVK (*AsiaNews* 13.03.2018; *UCAN* 12.03.2018).

12.–13. März 2018:

Vertreter Chinas nehmen an Konferenz gegen Organhandel im Vatikan teil

Wang Haibo, stellvertretender Leiter des China Organ Transplant Response System, das die amtliche Zuteilung von Organspenden in der VR China regelt, sagte laut *AP* am 14. März auf einer Pressekonferenz, dass China daran arbeite, den Untergrundhandel mit Organen zu verhindern, der an entlegenen, nicht-medizinischen Orten stattfindet und nicht leicht zu identifizieren sei; man versuche, ihm u.a. durch die Überwachung der Kommunikation zwischen potentiellen Käufern und Anbietern auf die Spur zu kommen. In den letzten 10 Jahren seien 220 Verhaftungen wegen illegalen Organhandels vorgenommen und 100 Opfer gerettet worden. Während der Konferenz waren die Medien nicht zugelassen. – Seit 1. Januar 2015 trat in China eine Regelung in Kraft, der zufolge für Transplantationen nur noch Organe von freiwilligen Spendern (statt wie vorher von exekutierten Strafgefangenen) verwendet werden dürfen; unabhängige Inspektionen weist es jedoch zurück (*AP* nach *Washington Times* 14.03.2018; *Global Times* 11.03.2018). – Am 7.–8. Februar 2017 hatten erstmals chinesische Vertreter an einer Konferenz zu Organhandel im Vatikan teilgenommen; im August 2017 nahm der Leiter der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, Bischof Sorondo, an einer Konferenz über Organspende in Kunming teil (vgl. *China heute* 2017, Nr. 1, S. 17–18; Nr. 3, S. 157).

Taiwan

7. Dezember 2017:

Taiwanischer Christenrat zu Besuch bei Papst Franziskus

In einer Ansprache während einer Audienz im Vatikan ermutigte Papst Franziskus eine Delegation des National Council of Churches of Taiwan, sich für eine größere Einheit und tätige Nächstenliebe (Caritas) unter den Christen einzusetzen sowie Ausbildungsprogramme für junge Leute zu fördern. Er verwies auf seine jüngste Asienreise und sagte, er habe „die Vitalität und den Unternehmergeist kennengelernt, die die Völker Asiens charakterisieren, gleichzeitig jedoch auch das leidende Gesicht einer Menschheit, die allzu oft materiellen Wohlstands und gesellschaftlicher Wohlfahrt beraubt ist“. Die katholische Kirche habe sich seit Einrichtung des National Council of Churches of Taiwan im

Jahre 1991 durch die chinesische regionale Bischofskonferenz für die Förderung der Einheit unter den Christgläubigen eingesetzt. Die Jugend sollte, so der Papst weiter, in der Kunst des Dialogs fortgebildet werden, damit sie „Protagonisten einer so notwendigen Kultur von Harmonie und Versöhnung“ würden. Dies würde auf einem Weg vom Konflikt zur Gemeinschaft helfen, der sich so fruchtbar für die „ökumenische Reise“ erwiesen habe (*AsiaNews* 7.12.2017).

10. Februar 2018:

Gebetsperlen auf einer Smartphone-App

Der taiwanische Technologie-Konzern Acer möchte die alte buddhistische Gebetspraxis des Drehens von Gebetsperlen in den Händen in das 21. Jh. befördern, berichtet Anne Wisman von *Buddhistdoor Global*. Die Gebetsperlen, *Mala* genannt, werden seit Jahrhunderten zur Zählung der Rezitationen von bestimmten buddhistischen Gebeten benutzt. Eine höhere Anzahl von Gebeten wird mit dem Erlangen von mehr gutem Karma verbunden. Acer bewirbt diese smarten *Mala* damit, dass nun die Betenden nicht mehr durch das Zählen ihrer Gebetsdurchgänge abgelenkt würden und sich besser auf das eigentliche Gebet konzentrieren könnten. Es wird vermittelt, dass so die Qualität des Gebets durch innovative Nutzung von smarter Technik erhöht werden kann. Diese Fortschritte im Gebetsleben können dann, ganz im gegenwärtigen Trend der Nutzung von Smartphone Apps zur statistischen Observierung des Alltags, mit Hilfe einer mitgelieferten App von Acer dokumentiert werden. Diese Fortschritte werden dann als „Online-Verdienste“ vermerkt, so *Taiwan News*. Einige buddhistische Internetkommentatoren sehen diese Entwicklung allerdings skeptisch, da Acer offensichtliche kommerzielle Interessen verfolge, wenn es dieses Produkt unter taiwanischen buddhistischen Organisationen vermarkte (*Buddhistdoor Global* 13.02.2018; *Taiwan News* 10.02.2018).

Katharina Wenzel-Teuber

Katharina Feith

Isabel Hess-Friemann

Gregor Weimar